Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

(Telephon Nr. 936.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 936.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile (oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 218. Donnerstag den 18. September 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die rothe Woche in München.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, den 15. Sept. 1902.

Erster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung nach halb 9 Uhr und begrüßt die ausländischen Delegirten und Gäste.

Wir sind stolz darauf, eine so große Anzahl der Vertreter der Sozialdemokratie aus anderen Ländern unter uns zu sehen. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich stets der Pflicht gegen die internationale Partei bewußt gewesen. Ich bitte die Genossen, in ihre Heimath die Versicherung mitzunehmen, daß wir in Deutschland nie vergessen werden, daß das Gefühl der Solidarität die Proletarier aller Länder durchdringt. Wir wissen, daß, gleichviel wo Erfolge errungen werden, es die Erfolge der gesammten internationalen Partei sind, und daß, wo Mißerfolge zu verzeichnen sind, die ganze internationale Sozialdemokratie mit denen fühlt, welche die Mißerfolge erlitten haben. Keine andere Partei aber als die Sozialdemokratie weiß auch, daß Mißerfolge sie nicht entmuthigen, nicht überwältigen werden, daß im Gegentheil jeder Mißerfolg zu neuen Kraftanstrengungen auffordert, bis zu dem Siege, der uns beschieden sein wird. (Bravo!)

Für die österreichischen Genossen nimmt das Wort Seelinger-Teplitz. Für Oesterreich fällt die Entscheidung über den Brodwucher in Deutschland. Denn das österreichische Proletariat hat im Parlament nicht die Macht wegen des schlechteren Wahlrechts. Mit der Bekämpfung des deutschen Agrarierthums wird das deutsche Proletariat auch das österreichische Agrarierthum niederschlagen. Deshalb sehen wir dem deutschen Kampfe mit hoher Spannung entgegen. Wir zweifeln nicht an Eueren endlichen Siege und wünschen Eueren Berathungen den besten Erfolg. (Beifall.)

Nemec-Prag begrüßt den Parteitag im Namen der tschechischen Partei. Wenn die Tschechen auch eine andere Sprache sprechen, im Endziel seien sie mit dem Proletariat aller Länder einig.

Askew überbringt die Grüße der sozialdemokratischen Partei Englands.

Vandervelde-Brüssel spricht im Namen nicht allein der belgischen Genossen, sondern der Sozialisten französischer Zunge überhaupt. Er überbringt den Dank der belgischen Sozialdemokratie für die Unterstützung durch die deutschen und österreichischen Genossen in dem schweren Kampfe um das Wahlrecht, den sie vor wenigen Monaten zu kämpfen hatte. Der Kampf um die Gleichberechtigung des Proletariats ist zwar unterbrochen worden, er wird aber mit Einsetzung aller Kräfte bis zum endlichen Siege durchgefochten werden. (Bravo.) Vandervelde war erstaunt, von Kautsky hier zu hören, daß die belgische Partei gespalten sei. Er hält es für wichtig, festzustellen, daß es sich lediglich um eine kleine lokale Zersplitterung handelt. Ein Mann, der bereits vor zwei Jahren aus der Partei ausgeschlossen ist, nutzt die Gelegenheit aus. Diese Thatsache ist von der bürgerlichen Presse in der ungeheuerlichsten Weise übertrieben worden. Die Genossen französischer Zunge sind mit den deutschen Genossen darin einig, daß die endliche Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiterklasse erreicht werden könne. (Lebhafter Beifall.)

Giovanni Lerda bringt Grüße der italienischen Partei. Er bezeichnet die Berichte der bürgerlichen Presse über Spaltung der italienischen Partei als Lüge. Bei diesen Blättern sei der Wunsch der Vater des Gedankens.

Müller-Zürich: Ich bin zwar ein Deutscher, aber wohl der internationalste Genosse, der hier anwesend ist. (Heiterkeit.) Der Landesausschuß der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, der über die ganze Schweiz verbreitet ist, besteht aus den Angehörigen der verschiedensten Nationen: Ungarn, Franzosen, Dänen ꝛc. ꝛc. Die Schweiz bildet ja ein Asyl für das gehetzte Edelwild aller Länder, und wir haben speziell einen Fonds geschaffen, um ausländische sozialdemokratische Flüchtlinge zu unterstützen. (Bravo.) Das Bürgerthum in der Schweiz ist zwar so reaktionär und rückständig wie die deutsche Bourgeoisie, daher ist auch die schweizerische Sozialdemokratie revisionistisch gesinnt, freilich in dem Sinne der weiteren Trennung der Arbeiter von den bürgerlichen Parteien.

Von den Parteiorganisationen fast aller Länder sind Begrüßungsschreiben eingegangen, ebenso haben viele deutsche Parteiorganisationen Begrüßungstelegramme gesandt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstandes referirt Auer: Es ist Ihnen rechtzeitig der Bericht des Parteivorstandes über das verflossene Geschäftsjahr zugegangen; daher brauche ich nicht in alle Details einzugehen. Die Nürnberger Genossen ersuchen den Parteivorstand, Auskunft darüber zu geben, was er und die Reichstagsfraktion zur Durchführung der früheren Parteitagsbeschlüsse gethan habe. Dieser Antrag ist nicht ganz klar. Sollte er sich auf alle früheren Beschlüsse der Partei beziehen, so wäre seine Durchführung unmöglich, bezieht er sich auf die letzten Beschlüsse, so muß ich ja abwarten, welche Punkte die Antragsteller im einzelnen zu moniren haben. Ueber die wichtigsten Punkte hat jedenfalls der Parteivorstand Bericht erstattet, und es könne höchstens der Fall sein, daß dieser oder jener Genosse über die Wichtigkeit eines Parteibeschlusses anderer Meinung ist als der Parteivorstand. Ich gebe zu, daß viele Parteitagsbeschlüsse, nachdem sie gefaßt waren, zu den Akten gelegt sind. Es sind eben nicht alle Parteitagsbeschlüsse der Ausfluß der vollkommensten Weisheit. (Heiterkeit.) Denn wenn Einer fragen kann, was Viele nicht beantworten können, so können auch Viele Manches beschließen, was Wenigen nicht auszuführen möglich ist. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Am meisten Anklang hat in Parteikreisen die Anregung gefunden, den Kampf gegen das Zentrum besonders zu behandeln. Die Anträge zeigen, wie groß das Bedürfniß nach Material ist. (Sehr richtig!) Parteigenossen! Sie können überzeugt sein, daß dieses Bedürfniß nirgends so volles Verständniß findet, wie im Parteivorstand. Wir erkennen das Bedürfniß nach Material nicht nur gegenüber dem Zentrum, sondern auch gegenüber allen uns feindlich gegenüberstehenden Parteien an. (Beifall). Und ich muß es aussprechen, daß es mich gewundert, wie ein so dringendes Bedürfniß nach Material gegen das Zentrum sich zeigen konnte. Ich glaube, wenn eine Partei Material zu ihrer Bekämpfung durch sich selbst liefert, so ist es das Zentrum: die Partei, die eine völlige Schwenkung unternommen hat, die den von ihr behaupteten Charakter einer Volkspartei aufgegeben und heute Anhängerin des Zoll-, Brod- und Lebensmittelwuchers in unerhörtester Höhe ist, die Partei, die früher zu der schärfsten Gegnerin des Militarismus, Marinismus und Kolonialismus gehörte, und die heute für diese Forderungen eine offene Hand hat (Lebhafter Beifall). Es ist das die Partei, die die rückständigsten Anschauungen auf dem Gebiete der Religion hat. Wenn diese Partei aus der Agitation, aus der Litteratur, aus dem Alltagsleben nicht genug Material zu ihrer Bekämpfung liefert, dann ist es eben nicht Mangel an Material, sondern die nicht genügende Befähigung derjenigen, die diese Anträge gestellt haben. Gewiß, der Kampf gegen die Macht, von der schon Schiller sagte, daß gegen sie die Götter vergeblich kämpfen, (Stürmische Heiterkeit), ist schwierig; der Fanatismus ist schwer zu überwinden. Aber unüberwindlich ist diese Macht nicht, dafür befinden wir uns hier in Schwabing, in München, auf klassischem Boden. Ich muß gestehen, daß es mich geärgert hat, daß die Anregung, Material gegen das Zentrum zu beschaffen, in den offiziellen Organen der Partei mit solchem Eifer aufgegriffen worden ist. Wir dürfen nicht das Eine vergessen: im Zentrum rumort es gewaltig dadurch, daß das Zentrum eine völlige Frontschwenkung unternommen hat, daß es aus einer Oppositionspartei eine Regierungspartei geworden ist. In dieser Krisis von unserer Seite zu proklamieren: „Das ist der starke Thurm, gegen den wir mit aller Macht ankämpfen müssen“ — das halte ich für ungeschickt. Die Folge war ja auch, daß das Zentrum triumphirend sich umsah: seht, wir sind der feste Thurm, der einzige Stützpunkt der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn dem Zentrum ein Gefallen gethan worden ist, so ist es diese Anregung, das Zentrum in den Mittelpunkt der Agitation zu stellen. (Beifall.) Auer fährt dann in dem Geschäftsbericht fort. Die wirthschaftliche Krisis habe auch ihren Einfluß auf die Arbeiterpresse gehabt. Für die Unterstützung des polnischen Parteiorgans „Gazeta Robotnicza“ habe die Partei seiner Zeit 29 431 Mark ausgegeben. Das Finanzbudget befinde sich in der Periode der mageren Jahre. In den ersten Monaten betrug das Defizit 70 000 Mark und die Bilanzierung war nur durch besonders günstige Umstände möglich. Jedes Jahr stirbt nicht ein Rentier Schmitz (Heiterkeit), und wenn er stirbt, braucht er noch nicht der Partei 38 000 Mark zu vermachen. (Erneute Heiterkeit.) Die Bilanzierung konnte aber nur festgestellt werden, indem wir den Genossen mit der Pistole in der Hand entgegentraten. (Heiterkeit.) Die Genossen sollten nicht vergessen, daß es nicht nur nöthig ist, Hochs auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie auszubringen, sondern daß sie auch einen Obolus entrichten müssen. (Heiterkeit.) Auer wendet sich dann zu dem Zwist mit den polnischen Genossen. Die Parteileitung sei i. Zt. selbst überzeugt gewesen, daß die polnische Agitation einer selbstständigen Leitung bedürfe. Die Geschicklichkeit, 25 Konsonanten hintereinander auszusprechen, ist für einen Deutschen nicht vorhanden. (Stürm. Heiterkeit.) Die deutsche Parteileitung hat den Polen die Mittel zur Agitation reichlich zur Verfügung gestellt. Neben den 30 000 Mark für die „Gazeta Robotnicza“ ist noch so mancher Tausender hingewandert. Wenn wir den Besuch der polnischen Genossen bekamen, wußten wir, daß das Geld kostet. (Stürmische Heiterkeit.) Aber wir standen uns immer gut. Wir wußten, daß das Geld gut angebracht war. Das große Streikbrechergebiet in Oberschlesien mußte ausgefüllt werden. Nun kam aber etwas Neues. Infolge der Grausamkeiten, der Angriffe und Unterdrückungsversuche gegen Muttersprache, Sitte und auch Religion entwickelte sich unter den Polen eine nationale Bewegung, die das ganze polnische Volk erfüllt, und auch aus der bis dahin rein proletarischen Bewegung wurde eine national-polnisch-sozialistische. Die polnischen Genossen waren der Meinung, daß die Polen gemeinsame Interessen haben und daß eine selbstständige, nationale Partei geschaffen werden müsse. Diese Wege können und dürfen wir aber nicht mitgehen. Wir wollen gewiß das berechtigte polnische Nationalbewußtsein, namentlich den Schutz der Muttersprache, unterstützen, aber wir können nicht dulden, daß sich innerhalb des Bereiches der deutschen Gesammtpartei eine selbstständige Partei bildet. Es ist nicht wahr, daß wir angekränkelt sind vom modernen Chauvinismus. (Beifall) Aber selbst in vorgeschrittenen polnischen Kreisen hält man uns des Hakatismus für fähig. (Heiterkeit.) So schreibt ein hervorragender polnischer Genosse in einem Brief, allerdings in hypothetischer Form: „Ich kann nicht glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie germanisatorisch auftritt und daß sie mit der hohenzollernschen . . . Politik sympathisirt.“ Wenn das schon ein so hervorragender Genosse wie Daczynski (österreichischer Reichsrathsabgeordneter) schreibt, was sollen da erst die einfachen poln. Arbeiter für einen Eindruck gewinnen. (Große Bewegung.) Wollen die Polen auf eigene Faust vorgehen, so wünschen wir ihnen viel Glück auf den Weg, sie dürfen aber nicht verlangen, daß die deutschen Genossen Oberschlesiens ihren Beschlüssen nachzukommen haben. (Großer Beifall.) Weitere Beschwerden betreffen die Unterstützung der französischen Blätter in den Reichslanden. Hier liegen die Schwierigkeiten auf anderem Gebiet: den Blättern fehlen die Abonnenten. (Heiterkeit)

Zum Schluß beschäftigt sich Auer mit dem Ausschluß des Nürnberger Genossen Scherm und anderer und tadelt die Form des Ausschlusses sowohl durch die Nürnberger Genossen als auch durch den bayerischen Parteitag, der den Ausschluß für ganz Bayern für gültig erklärt habe. Die Nürnberger Genossen mußten den Ausschluß aus der Partei verfügen, damit den Ausgeschlossenen die Berufung gegen das Urtheil beim Schiedsgericht des Parteitages offen geblieben wäre. Er nehme ja an, daß die bayerischen Genossen nur ein Versehen gemacht haben, es sehe aber so aus, als habe man sagen wollen: Für uns Bayern taugen die Kerls nichts mehr, aber für die Preußen sind sie noch gut genug! (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe mir zwar viel von meiner alten Heimath nach Preußen herübergerettet, aber diesen Standpunkt kann ich nicht einnehmen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Singer theilt mit, daß zu der Polenfrage von der Genossin Rosa Luxemburg eine Resolution eingebracht worden sei, die scharf die von der Gruppe „Polnische Soz. Partei“ provozirten Doppelkandidaturen in Oberschlesien verurtheilt.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Singer eröffnet die Verhandlungen um halb 4 Uhr mit Verlesung einiger weiterer Begrüßungsschreiben.

Parteikassirer Gerisch giebt den Kassenbericht. Auch er verweist auf den gedruckten Bericht. Bei der Krise sind die Einnahmen zurückgegangen. Die Partei befindet da sich gegenüber den Gewerkschaften im Nachtheil, da sie nur von freiwilligen Beiträgen lebt. Wir müssen jetzt unsere Ausgaben mit den regulären Einnahmen in Einklang bringen. Vor Allem darf auch nicht die kleinste Einnahmequelle verstopft werden. Der „Wahre Jakob“ hat einen Ueberschuß von 20 000 Mark gehabt, die „Neue Zeit“ hat aber ein Defizit von 10 350 Mark und die „Gleichheit“ 4484 Mark, welche aus dem Reinertrage gedeckt worden sind, so daß nur ein paar Tausend Mark vom „Wahren Jakob“ in die Parteikasse geflossen sind. Das Defizit der „Neuen Zeit“ könnte verringert werden. Die Zahl der Remittenten von über 1700 erscheint mir zu hoch. Das Defizit der „Gleichheit“ wäre wesentlich zu verringern, wenn man sich überall die Verbreitung mehr angelegen sein ließe. Frau Zetkin leistet das Menschenmögliche in der Agitation und noch etwas mehr, aber sonst im Lande könnte etwas mehr geschehen. Im „Vorwärts“ erscheinen regelmäßig die Parteiquittungen, zum Lobe der fleißigen, zur Nachahmung für die faulen Zahler. Die Parteiblätter in der Provinz drucken diese Quittungen aber bei weitem nicht alle nach. Der Ansporn, der von diesen Veröffentlichungen ausgeht, geht für viele Orte verloren. Aergerlich war das Verhalten der Parteipresse bei der belgischen Sammlung. Es ist überall gesammelt, aber nicht überall die Quittung veröffentlicht worden. Viele Geber wußten nicht, was mit ihrem Gelde geschehen ist. Eine genaue Statistik der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Parteiblätter kann ich nicht geben. Wir sind mit dem Material im Stich gelassen worden. Es ist im Allgemeinen ein Rückgang in den Inseraten, auch ein theilweiser Rückgang der Abonnenten eingetreten. Bei 16 Parteiblättern ist allerdings eine Steigerung der Abonnentenzahl eingetreten. Das Zeitungsgründungsfieber grassirt noch immer. Früher gab es sehr kleine gesunde Geschäfte. Jetzt hat sich manches geändert. Eine Anzahl Blätter hat sich in Schulden gestürzt, an deren Deckung aus den Erträgnissen selbst in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Das ist eine stete Sorge für die Partei. Daher kommt auch das hohe Darlehenskonto in den letzten Jahren. Bei einzelnen Sanirungen sind alte Einnahmequellen versiegt. Wir stehen leider noch nicht am Ende dieser ungesunden Entwicklung. Wenn die Partei sich weiter so engagiren sollte, dann könnte die Frage entstehen, ob sie das ganze Vermögen daransetzen will oder einen großen wirthschaftlichen Krach in der Partei entstehen lassen soll. Glauben Sie nicht, daß ich zu schwarz male. Es ist in der That ein Optimismus in dieser Beziehung in der Partei vorhanden, der uns in schlimme Situationen bringen kann. Ich habe vor Allem diese Ausführungen in Bezug auf die zahlreichen Anträge gemacht, die uns auf Gewährung finanzieller Beihilfe wieder vorliegen. Die Genossen mögen nie vergessen, daß sie vor Allem das Allgemeininteresse zu wahren haben. (Bravo!)

Den Bericht der Kontrolleure erstattet Meister-Hannover. Er theilt mit, daß der Korrektor Vieth seine Beschwerde, die er wegen angeblicher Verweigerung eines Gehalts von 3 Wochen erhoben hatte, zurückgezogen hat. Der Organisationsstreit im sechsten Wahlkreis Berlin ist beigelegt. Die Berliner Genossen lächeln mir zu. Ich hoffe, daß nicht über Nacht wieder neue Konflikte ausgebrochen sind. (Heiterkeit.) In dem von Auer erwähnten Falle des von dem Nürnberger Wahlverein aus ganz Bayern ausgeschlossenen Genossen stehe ich ganz auf demselben Standpunkt Auers. Eine Beschwerde der „Sarja“ gegen die Redaktion des „Vorwärts“, die nicht den genügenden Raum zu einer Erwiderung gewährt haben sollte, wurde zurückgewiesen. Das von Auer erwähnte Verlangen der Mülhauser Genossen auf Stellung einer Kaution von 20 000 Mk. für ein neu zu gründendes Blatt hat auch die Kontrolleure beschäftigt. Sie konnten sich aber mit dem Parteivorstand nur solidarisch erklären. Wir dürfen auf keinen Fall so große Summen für einen einzelnen Ort festlegen. Weitere Beschwerden persönlicher Natur haben kein allgemeines Interesse. Eine neue Beschwerde ist von Herrn Vieth eingereicht, weil er seine nothwendig gewordene Kündigung nicht anerkennt. Die Beschwerde ist uns kurz vor dem Parteitag zugegangen und konnte noch nicht erledigt werden. Die Prüfung der Parteikasse hat zu Erinnerungen keinen Anlaß gegeben und ersuche ich den Parteitag, der Parteileitung Decharge zu ertheilen. Redner gedenkt zum Schluß in warmen Worten des verstorbenen Kontrolleurs Genossen Theodor Metzner. (Die Anwesenden haben sich von den Plätzen erhoben.)

Zur Diskussion werden zunächst folgende Anträge gestellt:

Die Parteigenossen in Erfurt beantragen: Die außerordentlich hohen Zuschüsse für die einzelnen Parteiblätter haben zu unterbleiben. Außerdem: Um die Provinzpresse zu entlasten, wird der Parteivorstand verpflichtet, die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ zu veranlassen, den Geschäftsbericht des Vorstandes und den Thätigkeitsbericht der Fraktion den Parteiblättern, welche denselben verlangen, als Beilage zum Selbstkostenpreise abzugeben.

Die Parteigenossen in Nürnberg beantragen: Den Parteivorstand zu ersuchen, in seinem Rechenschaftsbericht Auskunft zu geben, was er und die Reichstagsfraktion zur Durchführung der früheren Parteibeschlüsse gethan haben.

Folgender Antrag der Parteigenossen des dritten Hamburger Wahlkreises (Distrikt Hamm) fand nicht die genügende Unterstützung: Das Aufnahmen des Berichts

„Arbeiterpresse", welches dahin geht, invaliden Redakteuren und Angestellten sowie deren Wittwen und Waisen, soweit die Versicherung auf Kosten der Partei oder Gewerkschaften geschehen soll, zu versichern, ist abzulehnen und zwar so lange, bis wir den Zukunftsstaat erkämpft haben.

Agster-Stuttgart: Auer meinte, die bisherige Praxis, die Tagesordnung des nächsten Parteitages theilweise schon ein Jahr vorher festzulegen, sei nicht angebracht. Ich meine doch, daß man einen solchen eingelebten Gebrauch nicht ohne Weiteres über Bord werfen darf. Es handelt sich doch in solchen Fällen meist um Materien, die seit einiger Zeit aktuell sind.

Wolff-Bochum sucht die Neugründung des Bochumer Parteiblattes zu rechtfertigen. Es sei eine ausreichende Grundlage gefunden worden, um das eigene Organ, dessen Nothwendigkeit ja auch der Parteivorstand anerkennt, zu erhalten. Die Bochumer ersparen bei der neuen Organisation jährlich mindestens 6000 Mk. Sie sind überzeugt, daß sie auch ohne Hilfe des Parteivorstandes auskommen werden. Die Einnahmen sind stetig gestiegen und es ist zu hoffen, daß das Defizit in einiger Zeit selbstständig gedeckt werden kann.

Kiesel-Berlin VI entledigt sich als Delegirter des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises des Auftrages seiner Mandatgeber, gegen die geplante Versicherung der Parteibeamten von parteiwegen zu protestiren. Der Auftrag sei den Delegirten in einer Versammlung ertheilt worden, in welcher ein Genosse Ausführungen dahin gemacht hatte, daß die Versicherung aus den verschiedensten Gründen zu verwerfen sei. Einmal sei die finanzielle Lage ungünstig, dann aber seien die Parteiangestellten ausreichend bezahlt. Die Parteiarbeit müsse überhaupt in der selbstlosesten Weise geleistet werden. Es sei zu berücksichtigen, daß neben den direkten Angestellten sehr viele Parteigenossen in selbstlosester Weise Parteiarbeit leisteten. Ob diese Ausführungen dem Parteivorstand angenehm seien, wisse er nicht. Thatsache sei, daß der Genosse mit diesen Ausführungen den lebhaften Beifall der Versammlung gefunden habe.

Frohme-Altona: Der Bericht des Parteivorstandes befriedigt mich in manchen wichtigen Punkten nicht. Freilich liegt die Schuld daran nicht an dem Parteivorstande. Ich vermisse z. B. Angaben über die Stärke der einzelnen sozialdemokratischen Organisationen. Es ist durchaus nothwendig, daß der Parteivorstand über derartige Verhältnisse auf dem Laufenden erhalten wird.

Dr. Braun-Nürnberg begründet den ersten Nürnberger Antrag. Wir gingen davon aus, daß viele Beschlüsse der Parteitage gefaßt werden, um — wie ein boshafter Mann einmal sagte — nicht gehalten zu werden. Wenn über Alles berichtet würde, würden sicher eine große Reihe werthloser Beschlüsse künftighin nicht gefaßt werden. Redner wünscht, daß Briefe des Parteivorstandes mit einem Kautschukstempel gestempelt werden. Die Redakteure, die solche Briefe erhalten, wissen heute nie, ob es offizielle Aeußerungen des Parteivorstandes oder Mittheilungen eines sehr geschätzten Parteisekretärs sind. So hatte mein Vorgänger in der „Fränkischen Tagespost" einen Artikel gegen die Kolonialpolitik Bernsteins geschrieben. Daraufhin erhielt er einen Brief aus der Kreuzbergstraße 30, „es sei doch lächerlich, auf dem alten kolonialpolitischen Standpunkt zu verharren". (Hört! Hört!) Ich selbst bekam, als ich einen Artikel über die Verelendungstheorie geschrieben hatte, eine Zuschrift von derselben Adresse, worin es hieß: „Ach mit dieser Verelendungstheorie! Das ist ja Unsinn!" Beim Rücktritt Millerands hatte ich einen Artikel geschrieben, der nicht gerade vom Lobe überfloß. Darauf wurde mir geschrieben, das sei doch nicht richtig, Millerand habe doch viele Verdienste usw. All diese Briefe sind ja sehr interessant und mir je grober, desto lieber. (Heiterkeit) Aber es wäre doch gut, wenn man stets wüßte, ob sie vom Parteivorstand ausgehen oder freundschaftliche Aeußerungen des Genossen Auer sind.

Singer: Es ist hier noch ein Telegramm an den Genossen Leyendecker abgegeben worden. (Ruf: Der hat heute Geburtstag! Heiterkeit). Dazu können wir ihm ja herzlich gratuliren. Das enthebt ihn aber nicht der Verpflichtung, das Telegramm hier abzuholen. (Heiterkeit).

Windhoff-Düsseldorf rechtfertigt die Düsseldorfer Zeitungsgründung. Die Abonnenten und Inserate seien beim Düsseldorfer Blatt geblieben. Wenn der Parteivorstand sich freundlicher zu der Gründung stellen würde, wären die Düsseldorfer sehr erfreut. Die von der Presse, auch der Parteipresse, gebrachte Notiz, daß sich der Parteigenosse Wasser das Düsseldorfer Parteieigenthum angeeignet habe, sei unrichtig. Der Mann müßte ja verrückt sein, denn er würde sich damit ein paar Tausend Mark Schulden auf den Hals geladen haben.

Dömelburg-Hamburg verurtheilt die Bochumer Zeitungsgründung. Die Bochumer hätten zurückstehen und mit der Dortmunder Vergrößerung der Zeitung zunächst fürlieb nehmen müssen. Das in Dortmund geplante Zentralorgan für die Kreise Dortmund, Essen und Bochum hätte genügt. Die Interessen der drei Kreise seien in politischer und wirthschaftlicher Hinsicht die gleichen. Der Parteivorstand hat völlig Recht, wenn er auf dem Standpunkt verharrt, daß das, was die Bochumer gethan haben, gegen das Gesammtinteresse der Partei ist und daß sie deshalb nicht auf die Unterstützung aus der Kasse der Gesammtpartei zu rechnen haben.

Grunwald-Erfurt wendet sich gegen die von Erfurt gestellten Anträge. Der zweite Antrag könnte höchstens dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen werden. Wenn die Beiträge jetzt zur Parteikasse spärlich fließen, so liegt das vor Allem auch daran, daß sich die Lokalkassen jetzt im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zu sammeln bestrebt sind. Die finanziellen Kräfte zersplittern sich auch heute mehr in Ausgaben für Literaturerzeugnisse und leider auch für Verbrechen, die durch äußere rothe Farbe blenden, aber mit der Partei sonst nicht viel zu thun haben. Die Agitatoren sollten besser als bisher mit Material versorgt werden.

Adolf Hoffmann-Berlin: Auf jedem Parteitag hören wir die Klagen über die hohen Zuschüsse, die die Parteipresse braucht, und über unnöthige Neugründungen. Da wäre es doch richtiger, wenn hier alljährlich ein Ausschuß darüber berieth, welche Presse unterstützt werden soll und nur der Parteitag dann die Unterstützung bewilligt. Die zehntausend Mark Defizit der „Neuen Zeit" dürften doch bei reger Agitation für das eine Blatt zu beseitigen sein. Es darf nicht maßgebend sein, daß Dieser oder Jener sagt: Ich schreibe nicht für die „Neue Zeit". Wer etwas einzuwenden hat gegen die Haltung des Blattes, der möge es hier vorbringen, aber es darf nicht so weiter gehen, daß die „Neue Zeit" fortwährend zu Gunsten eines reinen Privatunternehmens immer neues Defizit hat. Das muß anders werden, und der Parteitag muß dafür sorgen. Ich kann weiter feststellen, daß in Bezug auf die Pensionirung der Parteiangestellten ein großer Theil von Arbeitern und Arbeiterinnen den Standpunkt der Redner theilt. Sie verstehen es nicht, daß von schlecht bezahlten Arbeitern nicht schlecht bezahlte Beamte der Parteipresse pensionirt werden sollen. Das Gehalt dieser Beamten soll, wo es noch schlecht ist, verbessert werden, aber wir wollen die Pensionirung nicht, die einem Theil der agitatorisch thätigen Genossen nicht zu Theil werden kann, die sie ebenso verdient haben, wie die gegen hohes Gehalt angestellten Parteibeamten. (Beifall und Widerspruch).

Lipinski-Leipzig rechtfertigt die auf Verjüngung und Verjüngung der Parteiangestellten gerichteten Bestrebungen. Die Parteiverlage sind herangezogen worden, um die Partei zu entlasten. Dies wird dann der Unterstützung für Hinterbliebene von Parteibeamten entheben. Der Parteitag möge sich der Unterstützungsfrage nicht hemmend, sondern wohlwollend gegenüberstellen.

Singer bittet, die Frage der Beseitigung des Defizits der „Neuen Zeit" jetzt auszuscheiden, da sie auf Grund eines besonderen Antrages behandelt werden muß.

Zubeil-Berlin: Der Parteifinanzminister hat wieder Klage geführt, aber er sollte auch bedenken, daß die Parteibedürfnisse in den einzelnen Orten gestiegen sind. Das Geld wird für Kommunal- und Landtagswahlen gebraucht. Den Zeitungsgründungen ohne genügende Grundlage muß Einhalt gethan werden. Hat Bochum Recht, dann könnten die ländlichen Kreise um Berlin auch eigene Blätter verlangen. Wir führen aber die Kämpfe mit dem für das Land nicht ganz geeigneten „Vorwärts". Das Defizit der „Neuen Zeit" ist bedauerlich. Es berührt schmerzlich, wenn man das Heft 9 der „Sozialistischen Monatshefte" ansieht und bemerkt, daß der Parteivorstand, Auer an der Spitze der Mitarbeiter dieses Heftes steht. So viele hervorragende Parteigenossen arbeiten an diesem Privatunternehmen, daß man gezwungen ist, sein Geld dem Privatunternehmen zuzutragen und es dem Parteiunternehmen zu entziehen. (Beifall.)

Da der Verlauf der Diskussion es nothwendig macht, wird der folgende Antrag Rollwagen mit zur Diskussion gestellt: „Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Polemiken von Parteigenossen, welche an Artikel von Parteigenossen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Parteiorganen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren gepflogen werden."

Heine-Berlin: Mich hat Genosse Hoffmann mit seinem Vorstoß gezwungen, in dieser Phase der Diskussion das Wort zu ergreifen. Er findet, daß die Parteigenossen, die für die „Monatshefte" schreiben, der offiziellen Parteilitteratur Konkurrenz machen. Ich weiß nicht, ob gerade Genosse Hoffmann, der seit zehn Jahren einen höchst lukrativen Verlag besitzt, der der Parteilitteratur ganz erhebliche Konkurrenz macht, der geeignete Mann war, um einen solchen Vorwurf zu erheben. Zubeil hat dann Auer gegenüber gesagt, es sei interessant, daß dem Parteisekretär Auer die Mitarbeit an der „Neuen Zeit" nicht allzuviel werth sei. Ich frage, wie viel ist denn der Redaktion der „Neuen Zeit" die Mitarbeit der Genossen werth, die jetzt wie Auer, Vollmar, ich und Andere für die „Monatshefte" schreiben. (Sehr gut!) Ich habe noch nicht bemerkt, daß sich Kautsky besonders um unsere Mitarbeit bemüht hätte. Der Antrag Rollwagen geht ja speziell gegen Bernstein, weil er die Broschüren Kautskys in den „Monatsheften" kritisirt habe. Ich halte den ganzen revisionistischen Streit für überflüssig; aber in diesem Falle war Bernstein der Angegriffene, und diese Broschüren Kautskys waren weniger zur Agitation geschrieben, als gegen den inneren Feind, halb Encyklika, halb Walderseebüchlein (Heiterkeit und Sehr gut!) zur Propaganda der guten Ansichten und zur Bekämpfung schlechter Ansichten. — Ich bedauere es gewiß, daß die „Neue Zeit" einen schlechten Abonnentenstand hat, das liegt aber vor Allem an der Redaktion. Ein sozialdemokratisches Organ hat nämlich vor Allem die Einheit der Partei zu wahren, Kautsky aber nimmt viel mehr Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Anschauungen, welche er bis zur Einseitigkeit treibt, und darunter leidet allerdings die Einheit der Aktion. (Sehr richtig!) Die Zumuthung, mehrere Richtungen in einem Blatte zu wahren, hat Kautsky in Lübeck in höhnischer Weise zurückgewiesen, indem er von literarischem Ueberbrettlthum sprach. Der Antrag der Augsburger bedeutet das reinste Maulkorbgesetz im Interesse des Parteiprofits. (Sehr gut!) Diese Sanktion von Allem, was parteioffiziell ist, geht mir schon lange zu weit, es ist nichts als ein Bureaukratismus, eine Engherzigkeit, die abgelaufen ist unseren schlimmsten Feinden. Die Verpreußung Bayerns scheint ja schon erheblich vorgeschritten zu sein. (Heiterkeit.) Kautsky selbst hat in seiner Broschüre den einzig richtigen Standpunkt vertreten. Er spricht über die Möglichkeit des Zeitungsbetriebes in der sozialistischen Gesellschaft und sagt: Muß nicht die staatliche Zentralisation einen so großen und wichtigen Theil des geistigen Lebens mit dem schlimmsten bedrohen, was ihm passiren kann, mit Einförmigkeit? Kann man das geistige Leben von Majoritätsbeschlüssen abhängig machen? Die geistige Freiheit, die wir für die Zukunft wollen, beanspruchen wir heute schon für uns. Die „Monatshefte" sind von einem Parteigenossen, der große Opfer dafür gebracht hat, begründet worden, um einen Boden für freie Diskussion in allen Fragen des Sozialismus zu schaffen, der nicht durch offizielle Rücksichten eingeengt wird. Sie der Parteischablone zuliebe einstellen, würde heißen, daß die Partei geistig verarmt. (Beifall und Widerspruch.)

Schmidt-Düsseldorf macht Mittheilungen über Interna aus dem Düsseldorfer Zeitungsunternehmen. Er rechtfertigt die Neugründung des Parteiblattes. Eine Rückkehr zu dem alten Zustande würde einen Verlust von 1000 bis 1500 Abonnenten bedeuten.

Eduard Bernstein-Berlin: Meine Person ist schon in die Debatte gezogen worden. Auch die Bemerkung Grunwalds über die nur äußerlich rothen Hefte ging auf die „Sozialistischen Monatshefte". Ich muß gegen diese Unterstellung protestiren. Die „Monatshefte" werden von einem organisirten Parteigenossen, dem Genossen Bloch redigirt; es schreiben darin nur Parteigenossen. Genosse Hoffmann hat von der „Neuen Zeit" gesagt, sie sei das Parteiorgan. Ist das so ohne Weiteres richtig? Die „Neue Zeit" trägt den Anschauungen der Partei nicht Rechnung. In der Partei giebt es verschiedene Richtungen. Die „Neue Zeit" aber ist einseitig. Ein Theil der Partei wird in ihr verhöhnt. Wer nur die „Neue Zeit" liest, muß glauben, es handle sich um Parteiverrath bei den Revisionisten. Was soll überhaupt das höhnische Schlagwort vom Revisionismus? Mit diesem Wort soll man beschimpft werden. (Sehr richtig und Widerspruch.) In der letzten Nummer der „Neuen Zeit" steht ein ganz hochmüthiger Artikel des jungen Karl Liebknecht, in welchem die sogenannte revisionistische Richtung in taktlosester Weise angegriffen wird. Das steht einem so jungen Mann in einem Parteiorgan nicht zu. Die Broschüre Kautskys habe ich in den „Monatsheften" kritisirt, in denen ich schreibe, seitdem ich aus der „Neuen Zeit" herausgetreten bin, auftreten mußte. Ich habe sie sachlich kritisirt, ohne persönliche Angriffe. Das ist mein gutes Recht, denn die wissenschaftliche Diskussion innerhalb der Partei muß frei sein. Ich war zudem der Angegriffene. Kautsky hatte mich unzweideutig angegriffen. Einem Angegriffenen wird hoffentlich auch eine Abwehr erlaubt sein. (Die Redezeit Bernsteins ist abgelaufen, er verläßt die Tribüne, indem er sich von Neuem zum Wort meldet.)

Bebel: Ich bin mit Bernstein darin einverstanden, daß jeder Versuch, die freie Meinungsäußerung zu beschränken, vereitelt werden muß. Darum handelt es sich aber nicht. Wenn Jemandes Arbeiten von dem Redakteur der „Neuen Zeit" zurückgewiesen worden sind, dem steht das Recht der Beschwerde zu. Ich billige nicht ganz die Redaktionsführung meines Freundes Kautsky. Bis jetzt sind aber solche Beschwerden an die betreffenden Instanzen nicht gelangt. Niemand will die Meinungsfreiheit in der Parteipresse beschränken. Eine Bedingung ist aber, daß es sich um anerkannte Parteiorgane handelt. Die „Sozialistischen Monatshefte" sind kein offizielles Parteiorgan, ein Antrag, ihrem Vorgänger, den „Sozialistischen Akademiker", als offiziell anzuerkennen, ist einstimmig abgelehnt worden. Die „Neue Zeit" ist Parteiorgan. Jede der von Heine genannten Personen ist mehrmals von der Redaktion der „Neuen Zeit" zur Mitarbeiterschaft aufgefordert worden, sie haben aber entweder abgelehnt oder sind nicht darauf eingegangen. Das muß doch demoralisirend wirken, wenn sich anerkannte Führer freiwillig außerhalb des Parteiorgans stellen. Heine sprach von Stagnation in der Parteilitteratur. Das war eine ganz beweislos aufgestellte Behauptung. Heine behauptete, die „Neue Zeit" beschränke die Meinungsfreiheit. Das ist eine ebenso beweislose Behauptung, die ich bis zum Beweise des Gegentheils bestreite. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Das Wort Revisionismus wird jetzt als Beleidigung hingestellt. Ihr habt ja das Wort Revisionismus selbst gebildet, nicht die Dogmatiker. (Sehr gut!) Daß bei Meinungsverschiedenheiten einmal Eiden und drüben übers Ziel geschossen wird, ist ganz selbstverständlich. Die Broschüren Kautskys hat man als antiquirt, aber nicht propagandistisch bezeichnet. Was ist das nun wieder für eine Düftelei. (Sehr richtig!) Es findet sich in ihnen nicht ein einziger Ausdruck, den man als beleidigend ansehen kann. Wenn eine solche Broschüre auf den Index gestellt wird, kann man nicht mehr von Preßfreiheit sprechen. (Sehr gut!) Höchst überrascht war ich über die Kritik, die der Artikel des Genossen Karl Liebknecht hier gefunden hat. Ich habe mich gefreut, daß der Artikel eine ganz schneidige Feder führt, irgend eine Zeile, die als beleidigend anzusehen wäre, ist in ihm nicht enthalten. Der Sohn vertheidigte in dem Artikel seinen Vater, und ich bin überzeugt, wenn der alte Liebknecht seine Vertheidigung noch selbst hätte führen können, — der Artikel wäre noch ganz anders ausgefallen. (Stürmischer Beifall.) Es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß es in der deutschen Sozialdemokratie dahin kommen konnte, daß ein ganzer Theil hervorragender Parteigenossen, ohne von dem ihnen zustehenden Rechte der Beschwerde genügenden Gebrauch zu machen, sich ohne Weiteres in ein außerhalb des Parteiverbandes stehendes Organ geflüchtet hat (Bravo!) und dort schreiben zum Gaudium der bürgerlichen Presse, die unausgesetzt aus dieser Thatsache Kapital gegen die Partei schlägt. (Sehr richtig!) Hier eine Aenderung zu treffen, muß sich jeder Parteigenosse angelegen sein lassen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David-Mainz: Bebel hat wiederholt erklärt, es solle Niemand mundtodt gemacht werden in der „Neuen Zeit." Genosse Bebel irrt in dieser Beziehung (hört! hört!), es haben in der That Mundtodtmachungen stattgefunden. (Bebel: Thatsachen anführen!) Hinsichtlich des Genossen Bernstein ist ja der Beweis früher geführt. (Widerspruch.) Wenn Sie mich provoziren, bin ich gezwungen, bezüglich meiner Person den Beweis zu führen. Ein Artikel von mir in der Diskussion über die Agrarfrage lagerte längere Zeit in der Redaktion der „Neuen Zeit", bis er aufgenommen wurde. Die Antwort Kautskys erfolgte sodann sofort. Als ich auf diese Antwort, die scharfe persönliche Angriffe enthielt, antworten wollte, wurde mir bedeutet, sie solle erscheinen, aber ich müßte längere Zeit auf die Veröffentlichung warten. (Hört! Hört! Hoffmann-Berlin ruft: Beschwerdeinstanz!) Das war ja auch Bebels Argument. Eine Beschwerde konnte man damals aber nicht erheben, da der Redakteur der „Neuen Zeit" nicht in einem Verhältniß zum Parteivorstand stand, daß dieser ein Einspruchsrecht in die redaktionelle Thätigkeit hätte. (Ruf: Darf er auch nicht!) Die „Sozialistischen Monatshefte" waren eine nothwendige Gründung im Interesse der freien Kritik. Die Mitarbeit an ihnen ist lange Zeit unentgeltlich gewesen; Geschäfte werden mit diesem Blatte nicht gemacht. Wenn es sich um die finanzielle Seite handelt, von der ja Hoffmann ausging, dann müßte man doch einmal in eine Erörterung der finanziellen Verhältnisse der „Neuen Zeit" eintreten; es würde sich dann ergeben, weshalb sie nicht floriren kann. (Hört! Hört!) Der Einwand, die „Monatshefte" stünden außerhalb des Parteiverbandes, ist ein rein formaler. Die Genossen, die für sie schreiben, stehen unter der Kontrolle der Gesammtpartei. (Sehr richtig!) Bebel hat die Ausführungen Bernsteins über die Kautsky-Broschüre in ihrem Kernpunkt nicht erfaßt. Bernstein sagte, er sei der Angegriffene gewesen, und mußte die Angriffe abwehren. Früher haben Liebknecht, Ledebour, Rosa Luxemburg an den „Monatsheften" mitgearbeitet; warum soll jetzt die Mitarbeiterschaft ein Verbrechen sein. Der geistige Inhalt der „Monatshefte" ist unbequem geworden. Sie sind aber eine sehr werthvolle sozialdemokratische Zeitschrift. Bebel sagt, bei uns herrscht Meinungsfreiheit. Ich bin überzeugt, daß das Bebels ehrliche Meinung ist. (Sehr gütig!) Ich schicke das voraus, weil ich diese Meinung nicht theile. Ich bin der Meinung, daß man hinten herum die freie Meinungsäußerung verschränken will. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Das ist aber der Partei unwürdig. Es ist ja ganz undenkbar, daß der Augsburger Antrag angenommen wird; er träfe ja nicht nur die „Monatshefte", sondern auch das „Archiv für soziale Statistik", die „Kommunale Praxis" und alle Genossenschaftsblätter. Die Diskussion wird nicht zur Annahme des Antrages Augsburg führen, ich sehe ihr mit voller Ruhe entgegen und hoffe auch, die „Sozialistischen Monatshefte" werden von ihr keinen Schaden, sondern nur Vortheil haben. (Beifall und Zischen.)

Nachdem noch Emmel-Mülhausen die Neugründung des Mülhausener Blattes zu rechtfertigen versucht hat, wird die Diskussion abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

Persönlich verwahrt sich Adolf Hoffmann-Berlin gegen den ihm gemachten Vorwurf, daß er nicht befugt sei, gegen literarische Unternehmungen im Privatverlage zu sprechen, da er doch selber Parteibroschüren im Privatverlage verlege. Seit 10 Jahren sei das nicht mehr der Fall. Er habe alles Persönliche fortgelassen und hätte das auch von Heine erwartet.

Heine erwidert, er habe ausdrücklich gesagt, daß er Hoffmann keinen Vorwurf aus dem Privatverlage mache. Ob die letzte Broschüre 10 Jahre alt sei, sei gleichgültig, sie erscheine noch und sei eine der wirkungsvollsten, die die Partei habe.

Hoffmann erwidert, das letzte Lob beschäme ihn, er müsse aber dabei bleiben, daß ihn Heine zu Unrecht angegriffen habe. Er habe nicht die Herausgabe der „Monatshefte" getadelt, sondern nur, daß bewährte Parteigenossen das Privatorgan hochbringen helfen, das Parteiorgan aber herunterbringen. Im Uebrigen solle ihm Heine seinen Beruf lassen, er lasse ihm ja den seinen auch.

Heine entgegnet, er habe gar nichts gegen den Beruf Hoffmanns, er habe nur ein Argument Hoffmanns mit seiner Person geschlagen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

* * *

Ueber die Verhandlungen am Dienstag liegt uns bisher folgender vorläufiger Bericht vor:

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergiebt die Anwesenheit von 37 Reichstagsabgeordneten, Vorstandsmitgliedern und Kontrolleuren und 207 Delegirten. Die Debatte wird darauf fortgesetzt. Leyendecker-Höchst bedauert die Bernsteindebatte, an der die Arbeiter kein Interesse haben. Die Redaktion der „Monatshefte" sei besser, als die der „Neuen Zeit". Bloch soll Redakteur der „Neuen Zeit" und Kautsky Redakteur der „Monatshefte" werden. (Große Heiterkeit.) Redner warnt vor Neugründungen von Zeitungen. Kolb-Karlsruhe tritt für Gesundung der Finanzlage der Partei ein. Nothwendig sei es, höhere Parteibeiträge zu zahlen. Es werde zu viel für Vergnügungen ausgegeben, für Reichstagswahlen sei jetzt schon ein Extrabeitrag erhoben. Die „Monatshefte" seien ein Bedürfniß, das zeige ihre Abonnentenzahl. Die Redaktion und Organisation der „Neuen Zeit" sei schlecht. Kautsky vertheidigt die „Neue Zeit". So zudringlich wie die Redaktion der „Monatshefte" sei er nicht; das Zetern über schlechten Ton sei greisenhaft. Revisionismus soll Beschimpfung sein? In der „Neuen Zeit" sind keine Artikel erschienen, in denen, wie von Isegrim in den „Monatsheften", verdiente Parteigenossen Idioten genannt worden sind. Redner bestreitet die Mundtodtmachung der Mitarbeiter; Davids Artikel sei aus Stoffüberfluß, wie viele andere Artikel, zurückgestellt worden. Kautsky bestreitet ferner, Bernstein hinausgegrault zu haben. Eine gemeinsame Redaktion mit Bernstein sei unmöglich; aber die Mitarbeiterschaft Bernsteins sei ihm willkommen. Nicht persönlicher Streit, sondern tiefgehende taktische Meinungsverschiedenheit liege vor. Seien wir froh, daß wir trotz persönlicher Gereiztheit einig geblieben sind. Der Kampf um die Reichstagswahlen wird die Einigkeit besiegeln und die revisionistischen Uebel verschwinden machen. (Lebhafter Beifall.) Die Debatte wird durch das leidenschaft-

liche Auftreten Stadthagens sehr erregt. Stadthagen greift Bloch, Redakteur der „Monatshefte", persönlich an. (Bloch ruft: Gelogen!, was Stadthagen als Unverschämtheit bezeichnet.) Singer ruft Bloch zur Ordnung und verbittet sich solchen Mißbrauch des Gastrechts. Vollmar tritt für Meinungsfreiheit ein: gegen den Inhalt der „Soz. Monatshefte" sei nichts einzuwenden. Clara Zetkin spricht persönlich, mahnt zur Einigkeit; vertheidigt Kautskys Redaktion. Ein Schlußantrag wird abgelehnt. In der Debatte sprechen noch Ulrich und Heine. In der Nachmittagssitzung gelangten zunächst die zur Polenfrage gestellten Anträge zur Erörterung. Oberschlesische und Posen'sche Genossen befürworteten den Antrag Luxemburg, welcher das separatistische Verfahren der polnischen Sonderbündler scharf verurtheilt. Ein hierzu von Bebel eingebrachtes Amendement, das einen nochmaligen Verständigungsversuch empfiehlt, wird von Ledebour unterstützt. Nach längerer Diskussion wird die Resolution Luxemburg mit dem Amendement Bebel angenommen. In seinem 1½stündigen Schlußwort weist Auer die in der Debatte über die „Neue Zeit" erhobenen Vorwürfe zurück. Er tritt energisch für freie Meinungsäußerung ein und bezeichnet das Bestehen der „Sozialistischen Monatshefte" neben der „Neuen Zeit" für nothwendig, da die „Neue Zeit" als offizielles Parteiorgan Rücksichten zu nehmen habe. Gerisch erklärt in seinem Schlußwort, daß, einem in letzter Stunde gestellten Antrage entsprechend, im nächsten Jahre der Vorstand eine genaue Spezifikation des Etats der „Neuen Zeit" geben werde, worauf der erwähnte Antrag zurückgezogen wird. Ein von Adolf Hofmann-Berlin eingebrachter Antrag, daß der Parteivorstand finanzielle Verpflichtungen für ohne seine Zustimmung entstandene Parteiblätter nicht übernehmen darf, wird angenommen. Schließlich wird noch Punkt 8, Maifeier, erledigt. Obwohl mehrere Redner für den Wegfall der Arbeitsruhe eintreten, wird die vorjährige Resolution aufrechterhalten. Mittwoch Vormittag soll nur bis 11 Uhr verhandelt werden, da am Nachmittag ein Ausflug nach Starnberg beabsichtigt ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Etwas guten Willen wenigstens zeigt die bayerische Regierung. Wie der „Frankf. Ztg." aus München gedrahtet wird, hat das Ministerium des Innern eine Verfügung erlassen, wonach die bisherige dreitägige Schlachtungsfrist für österreichisches Vieh auf fünf Tage verlängert wird, sodaß nunmehr eine leichtere Einfuhr ermöglicht ist.

Die Subkommission der Zolltarifkommission, die aus 7 Mitgliedern besteht, tritt Donnerstag Mittag zusammen. Ihr Auftrag lautete bekanntlich dahin, formell die Berathung zweiter Lesung vorzubereiten. Danach wird es sich im Wesentlichen handeln: 1) um redaktionelle Verbesserungen, über die eine Verständigung nicht schwer sein kann, und 2) um die Art der Durchberathung des Zolltarifes. Für die Form der zweiten Lesung bieten sich, wie man dem „Hamb. Corr." mittheilt, zwei Wege: entweder, man verständigt sich über die etwa 830 Positionen, die in der ersten Lesung keine oder keine wesentliche Aenderung erfahren haben, und empfiehlt sie der Zolltarifkommission, die sie kurzer Hand erledigt, während die hundert und einige Positionen zu eingehenderer Berathung gestellt werden; oder man faßt die Abtheilungen als Berathungs-Themata zusammen, das gäbe, bei 19 Abtheilungen, von denen jedoch eine „Zollfreiheiten" enthält, 18 größere Erörterungsgebiete. Obwohl im allgemeinen die Aufgabe der Subkommission mehr auf dem formalen Gebiete liegt, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß sie auch für einzelne Punkte mit materiellen Vorschlägen vor die Hauptkommission tritt, z. B. etwa in Bezug auf die Quebrachaholzfrage. Mit drei Sitzungstagen, hofft man jedenfalls, könne und werde die Subkommission ihre Aufgaben lösen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Dienstag Vormittag 10 Uhr zusammen, um Stellung zu den Beschlüssen der Zolltarifkommission in der ersten Lesung zu nehmen. Graf Hompesch führte den Vorsitz, auch der stellvertretende Vorsitzende Dr. Schädler war erschienen. Von den 105 Mitgliedern waren etwa 50 anwesend. Nach dem, was aus Zentrumskreisen verlautet, herrschte im Großen und Ganzen die Neigung vor, die Kommissionsbeschlüsse erster Lesung zur Basis der Weiterberathung in der Zolltarifkommission zu machen. In dem agrarisch gesinnten Theil der Fraktion scheint man fest entschlossen zu sein, an der von der Kommission festgesetzten Höhe der Getreide- und Viehzölle festzuhalten und der Regierungsvorlage in diesen Punkten keine Konzession zu machen. Auf bayerischer Seite wird namentlich Gewicht darauf gelegt, den Gerstenzoll nach den Kommissionsbeschlüssen festzulegen.

Der „ausgewiesene" russische Student Kalajew ist, wie aus Kattowitz berichtet wird, vom Bezirksgericht in Petrikau zu sieben Jahren Zwangsaufenthalt in Nordsibirien verurtheilt worden. Unter diesen Umständen nimmt sich die eben an die preußischen Polizeibehörden ergangene, von einem genauen Signalement Kalajews begleitete Verfügung, den russischen Studenten „im Betretungsfalle" festzunehmen, recht wunderlich aus. Die russische Polizei läßt einen politischen Gefangenen, den sie einmal in ihre Gewalt bekommen hat, nicht mehr aus den Fingern; das Privileg, den Behörden zu entwischen, haben in Rußland nur gemeine Verbrecher. Die preußischen Behörden brauchen, nachdem sie Kalajew den Russen ausgeliefert haben, nicht mehr zu besorgen, daß sie ihn wiedersehen, der Unglückliche „ist besorgt und aufgehoben". Nicht Jeder aber wird die Diener loben, die der russischen Regierung so eifrig dazu verhalfen.

Nothstandsarbeiten. Das Stadtverordnetenkollegium in Halle a. S. beschloß Montag in Anbetracht der Arbeitslosigkeit, die auch den Sommer hindurch gedauert, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst Nothstandsarbeiten ausführen zu lassen. — Die Lübecker Bürgerschaft quält sich mit solchen Fragen nicht ab. Die satten Bourgeois spüren ja auch nicht die Arbeitslosigkeit.

Die Kreisblätter verbreiten jetzt das Flugblatt des Bundes der Landwirthe über die Fleischnoth. So ist dieses Flugblatt dem Kreisblatt für die Ostprignitz beigelegt. Im „Friedeberger Kreisblatt" wird ein Auszug des Flugblatts im redaktionellen Theile veröffentlicht. Richtiger werden die Angaben des Flugblatts dadurch nicht.

Ueber die Entlassung der Reservisten hat der Kriegsminister verfügt, daß alle zur Entlassung kommenden Mannschaften spätestens bis zum 30. September verabschiedet sein müssen. Diejenigen Reservisten, die noch Arreststrafen zu verbüßen haben, können nicht zurückgehalten werden, sondern werden den Bezirkskommandos ihres Entlassungsortes zur Verbüßung der Strafe überwiesen.

Kleine politische Nachrichten. Eine Erhöhung der Lederpreise in Folge der Abnahme der Schlachtungen haben einige größere Lederwerke bereits eintreten lassen. Die „Deutsche Gerberzeitung" schlägt allgemein eine Erhöhung der Lederpreise vor. — Der Verein deutscher Wurstfabrikanten, der augenblicklich in Braunschweig tagt, faßte Dienstag in einer zahlreich besuchten Versammlung eine Resolution, in der hervorgehoben wird, daß, wenn das deutsche Fleischergewerbe und die Fleischernährung des deutschen Volkes nicht dauernd auf das schwerste geschädigt werden soll, die Zufuhr ausländischen Schlachtviehs in größerem Maße unbedingt nothwendig sei. — Nicht weniger als 16 Straferpeditionen sind nach dem „Kolonialbl." von Mitte 1900 bis Ende 1901 in Kamerun erforderlich gewesen. — Ueber die Cholera in Kiautschou besagt, einer Berliner Meldung des „Wolff'schen Bureaus" zufolge, eine Mittheilung des Gouverneurs von Kiautschou: „Cholera allgemein nachlassend. In Nachbardörfern nur noch vereinzelte Fälle. Tsingtau-Krankenbestand 8 Chinesen aus Nachbardörfern; zwei Seesoldaten Rekonvaleszenten." — Der internationale Freidenkertag in Genf faßte einstimmig eine Resolution, durch welche der französische Ministerpräsident Combes zu seinem Vorgehen gegen die Kongregationen beglückwünscht wurde. — Der alldeutsche Redakteur in Nagyszeben, Arthur Korn, stand am Dienstag abermals vor dem Geschworenengericht wegen eines nach Meinung der ungarischen Behörden aufreizenden Gedichtes. Die Geschworenen sprachen Korn der Aufreizung schuldig, worauf der Gerichtshof ihn zu sechs Monaten Staatsgefängniß und 200 Kronen Geldstrafe verurtheilte. Das Urtheil ist auf seine Kosten zu veröffentlichen. — Die gerichtliche Ahndung der Agramer Exzesse beginnt. Die Untersuchung ist bereits abgeschlossen. In Anklagezustand versetzt werden 96 Personen, darunter vier Frauen, mehrere Hausbesitzer, Universitätslehrer und Journalisten. — Die kroatische Landesregierung hat den als Protestmeeting gegen die Ausschreitungen von Kroaten gegen Serben für den 18. September einberufenen Serbentag in Ruma aus Besorgniß vor großen Ruhestörungen verboten. Die Serben wollen nun das Meeting in Budapest abhalten. — Zum Studium der Fortschritte der deutschen Industrie begiebt sich in allernächster Zeit eine größere Anzahl spanischer Arbeiter nach Deutschland. — In der Stadt Fitero (Provinz Navarra) kam es wegen örtlicher Angelegenheiten zu Ruhestörungen, bei denen mehrere Personen verwundet worden sind. — Die spanische Regierung hat den französischen Nationalisten Deroulède gebeten, er möge sich für die Kundgebungen, die er veranlaßt, einen anderen Wohnsitz außer Spanien suchen. Er wird nun nach Lausanne abreisen, um sich von dort nach Oesterreich zu begeben.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 17. September.

Aus Hafenarbeiterkreisen wird dem „Lüb. Volksb." geschrieben: „Sehr mißliche Zustände herrschen noch immer im Gewerbe der Hafenarbeiter, Zustände, die wohl geeignet sind, einmal an die Oeffentlichkeit gezogen zu werden, um dadurch evtl. Abhilfe zu schaffen. Es handelt sich in erster Linie um die Ausbezahlung des Lohnes. Der Hafenarbeiter, der mitunter Tage resp. Wochen ohne Arbeit ist, und doch ständig auf dem Posten sein muß, um Arbeit zu erhalten, kann zu jeder Zeit wieder entlohnt werden. Sollte es da nun nicht angängig sein, daß ein solcher Arbeiter nach Beendigung seiner Arbeit auch sofort seinen verdienten Lohn erhält? Wie willkürlich aber die Auszahlung der sauer verdienten Groschen gehandhabt wird, mögen folgende Beispiele beweisen: Die größte Stauerei am hiesigen Orte, eine Doppelfirma, von der ein Vertreter augenblicklich im Bade weilt, kann es nicht möglich machen, daß sie ihren Arbeitern am Abend den Lohn ausbezahlt, wenigstens nicht regelmäßig. Vielfach haben die betr. Arbeiter am Abend eine Stunde und noch länger um ihre paar Groschen warten müssen; mitunter sogar ganz vergeblich. Das „Warum?" ergiebt sich daraus, daß der zweite Inhaber der Firma meist allabendlich einen kleinen Ausflug macht. Die Arbeiter müssen dann, obwohl manche tagelang keinen Groschen verdient hatten, auf ihr sauer verdientes Geld noch einen Tag länger warten, und das alles nur wegen einer augenblicklichen Laune ihres Arbeitgebers. Vorstellungen haben zwar einige Male geholfen, indem der betr. Vorarbeiter vom Schiff das Geld vor Beendigung der Arbeitszeit geholt hat, aber nur einige Male, am anderen Abend hatten die Arbeiter wieder das Vergnügen, stundenlang vor der Thür zu stehen und sehnsüchtig die Ankunft ihres Herrn und Gebieters zu erwarten. Nicht viel anders liegen die Sachen in den anderen Stauereibetrieben. Dort wird meistentheils der Lohn in Wirthschaften ausbezahlt, wodurch dem Arbeiter, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt der Tagelohn geschmälert wird. Es wäre hier ein Mal die höchste Zeit, daß die Behörden eingriffen. In anderen Städten, z. B. Hamburg, ist dieses schon seit Jahren geschehen. Alles in Allem, wir Hafenarbeiter glauben keine ungerechte Forderung zu stellen, wenn uns nach beendigter Arbeitszeit auch sofort unser verdienter Lohn ausgehändigt wird."

Zu dem Unfall in der Beckergrube meldet der Polizeibericht: Durch Umkippen eines Brettes stürzte gestern Morgen ein in dem Umbau des Senator Possehl'schen Grundstückes in der Beckergrube beschäftigter Arbeiter aus einer Höhe von etwa 6 Meter herunter und erlitt erhebliche Verletzungen, so daß er mittelst des Sanitätswagens der Feuerwehr dem Allgemeinen Krankenhause zugeführt werden mußte. (Wie uns auf telephonische Anfrage bei der Verwaltung des Krankenhauses bereitwilligst mitgetheilt wurde, geht es Teckenburg verhältnißmäßig gut. Red. d. „L. V.")

ff. **Der Sanitäts-Verband der freien Hülfskassen** hielt am 10. September seine ordentliche Generalversammlung ab. Nicht vertreten waren die Kassen der Tabakarbeiter und Wagenbauer. Die Abrechnung für die männliche und Familien-Versicherung ergab an Einnahme für das zweite Quartal 11 195,80 Mark, an Ausgaben 11 710,54 Mark; Mehrausgabe 514,74 Mark. Die Zahl der Mitglieder der Familienversicherung beträgt 2712. Die Einnahme der Medizinkasse betrug 999,00 Mark, die Ausgabe 655,28 Mk., die Mehreinnahme also 343,72 Mark. Die Zahl der Mitglieder stellte sich auf 658. Die Wahl des Vorstandes ergab: Albrecht als zweiter Vorsitzender, Th. Lippert als erster Kassirer, W. Bruns als zweiter Schriftführer; als als Stellvertreter für die Aerzte-Kommission wurde W. Bruns gewählt. Der Zahntechniker Herr W. Koch, Holstenstr. 21, wurde vom Verband neu angestellt.

-o- **Zirkus Variété.** Die gestrige Eröffnungsvorstellung der neuen Saison begann unter sehr glücklichen Vorzeichen. Trotz des wolkenbruchartigen Regens, der in der achten Stunde niederging, also zu recht ungelegener Zeit, waren doch die weiten Räume des Zirkus sehr gut besetzt. Und Alle, die da gekommen waren, um zu schauen und zu genießen, sie durften mit höchster Befriedigung das Lokal wieder verlassen, denn was ihnen geboten wurde, konnte selbst den verwöhntesten Geschmack befriedigen: durchweg wurden nur erstklassige Kräfte vorgeführt. Es war ein Sieg auf der ganzen Linie! Wir haben im Laufe der Jahre neben der üblichen Dutzendwaare schon so manche treffliche Soubrette gehört und gesehen, aber doch noch nie eine von der Güte Grete Palm's. Schön, anmuthig, dezent im Vortrag, vereinigt sie alles, aber auch alles in sich, was man von einer erstklassigen Vortragssoubrette fordern darf. Wir schwärmen im Allgemeinen, wie von früher noch bekannt sein dürfte, nicht gerade für Soubretten, wie sie sich auf Spezialitätenbühnen zeigen; hier aber liegt der seltene Fall vor, wo man auch an den Darbietungen einer Soubrette Gefallen finden kann. Das Publikum wußte diesen Werth ebenfalls sehr bald einzuschätzen, denn es verlangte geradezu stürmisch immer neue Zugaben. Nicht minder gut ist es um den Humoristen und Imitator Alois Pöschl bestellt. Seine Stimme ist frisch und ansprechend, seine Vortragsart entzückend schön, und dabei ist Pöschl von einer ganz außerordentlichen Vielseitigkeit, was sich besonders bei seiner Kopie eines Varietee-Programms zeigte. Auch Metella Frühling eroberte sich mit ihren Opern- und Operetten-Arien sehr bald die Gunst des Publikums. „Elsa's Traum" aus „Lohengrin" und „Küsse mich" aus der Operette „Farinelli" sprachen besonders gut an. Die deutsch-ungarische Sängerin und Tänzerin Etelka Niklas füllt treu und bieder ihren Platz aus. Von den sonstigen Spezialitäten läßt sich ebenfalls nur das Beste sagen. Harry Smith mit seiner Szene „Im Boudoir eines Artisten" entpuppte sich als vortrefflicher Jongleur und Equilibrist. Anmuthige Tänzerinnen sind die Geschwister Liree. Die Brothers Hermance sind zwei Akrobaten, wie man sie selten finden wird; was sie an Saltomortalen sich leisten, grenzt ans Unglaubliche. Lebhaftes Aufsehen erregt C. Almado mit seiner „Attraktion mondiale". Die beiden Revells sind vorzügliche exzentrische Reckturner. Gekrönt wird das Programm von der Serpentin-, Phantasie- und Flammentänzerin Miß Klaire. Infolge der Lichteffekte wurden geradezu wunderbare Wirkungen erzielt. Alles in Allem hat sich die neue artistische Leitung, Herr Hemberger, vortrefflich eingeführt. Wenn sich die Leistungen auf dieser Höhe erhalten, besitzt Lübeck nunmehr ein durchaus erstklassiges Variete!

pb **Diebstahl.** Zur Anzeige wurde gebracht, daß am Sonntag den 14. d. Mts. gegen 6 Uhr abends im Forstort Hammer und in den Wesloer Tannen sechs zwecks Vertilgung von Raubzeug ausgelegte Tellereisen gestohlen worden sind.

pb **Festgenommen** wurde ein Arbeiter von hier, der sich dadurch eines Vergehens gegen § 169 des St.-G.-B. schuldig machte, daß er sein außer der Ehe erzeugtes Kind in das standesamtliche Register als ehelich geborenes eintragen ließ.

Stockelsdorf. Die Wahlmänner-Wahl für Stockelsdorf findet am Donnerstag von 5—7½ Uhr Abends im „Kaffeehaus" zu Stockelsdorf statt. Es sind sieben Wahlmänner zu wählen. Eingetragen sind 381 Wähler. Pflicht der Genossen, welche in der Liste verzeichnet stehen, ist es, zu erscheinen und säumige Wähler für die Wahl mobil zu machen.

Stockelsdorf. Agitationsstoff für die Landtagswahlen scheint die Oldenburgische Regierung beschaffen zu wollen. Der „Gemeinnützige" in Varel schreibt nämlich: „Wie uns von sehr geschätzter Seite aus Oldenburg mitgetheilt wird, soll die schlechte Finanzlage des Herzogthums einen Zuschlag zur Einkommensteuer von 25—50 pZt. nöthig machen. Auch eine Folge der Erhöhung der Zivilliste um 145 000 Mk. und eine ernste Mahnung an das Volk, sich zahlreich an der Landtagswahl zu betheiligen und alle die Abgeordneten nicht wiederzuwählen, die für die frühere Erhöhung der Sustentation gestimmt haben."

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Einen regelrechten Theaterskandal gab es am Sonntag Abend im Stadttheater zu Altona. Zur Aufführung gelangte zum ersten Male bei aufgehobenem Abonnement und übervollem Hause eine vieraktige, angebliche Hamburger Komödie: „Phitje Ohrtens Glück". Der Theaterzettel wies als Verfasserin den Namen Ilse Frapan-Akunian, hinter dem sich die sonst vortheilhaft bekannte Schriftstellerin Frapan verbirgt, auf. Es handelte sich hier jedoch um ein so fades Machwerk, daß das Publikum mit Recht empört war und dem durch fortgesetztes Zischen und Trampeln mit den Füßen Ausdruck gab, sowie auch dadurch, daß Viele das Eintrittsgeld zurückverlangten. Letzterem Verlangen wurde nun allerdings keine Folge gegeben, da das Stück zu Ende gespielt wurde. — In Kiel verunglückte Montag Nachmittag der Werftarbeiter Sieck auf der Germaniawerft dadurch, daß eine große Eisenplatte ins Rutschen kam und Sieck den Unterschenkel zerschlug. Der Verunglückte wurde in die akademischen Heilanstalten gebracht. — Auf Borkumriff strandete bei dem Sturm in der Nacht zum Sonnabend der in Preußisch-Finkenwärder beheimathete Fischerkutter „L F 75". Die Besatzung, welche aus drei Personen bestand, wird vermißt. — Ueber einen Unglücksfall, der sich bei den Nachtmanövern der deutschen Marine ereignete, wird aus Cuxhaven gemeldet: Als auf dem Torpedo-Divisionsboot „D 9" der Bootsmannsmaat Krause, der am Ruder stand, abgelöst werden sollte, ging über die Kommandobrücke eine schwere See hinweg, die Krause mit solcher Wucht zu Boden warf, daß er sofort todt war. Der Verstorbene wurde vom Sanitätsschiff „Hansa" aufgenommen und Dienstag Nachmittag hier an Land gebracht. — Die Haushälterin des Besitzers einer Sommerwirthschaft bei Eckernförde hat vor reichlich vierzehn Tagen heimlich geboren. Das Kind ist darauf im Garten verscharrt worden. Die unnatürliche Mutter erkrankte an den Folgen der Entbindung so heftig, daß sie am

letzten Donnerstag verstarb. Die Kindesleiche ist ausgegraben und vom Kreisarzt sezirt worden, welcher feststellte, daß das Kind bei der Geburt gelebt hat, und der Tod, wie die Verstorbene noch kurz vor ihrem Tode eingeräumt hat, durch Erstickung erfolgt ist. Der betreffende Besitzer, dessen erste Frau vor Jahren gestorben ist, befindet sich mit seiner zweiten Frau im Ehescheidungsprozeß. — Die Strafkammer in Schwerin verurtheilte den Pastor Baetke in Körchow bei Wittenburg wegen schwerer Mißhandlung seines Dienstmädchens zu 200 Mk. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängniß. Aus der Höhe des Strafmaßes kann man schon ermessen, wie furchtbar der fromme Gottesstreiter gehaust haben muß. — Als die in der Nähe von Neubrandenburg manövirenden Truppen den Hohlweg zwischen Neukrug und Neuendorf passirten, wurde plötzlich das Kommando zum Niederlegen gegeben. Das Gewehr eines Infanteristen ging bei der Ausführung des Kommandos los, und die Platzpatrone beschädigte das eine Bein des Vordermannes stark. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabend Nachmittag auf der Bahnstrecke Oldenburg-Neuschanz. In der Nähe der Station Nordmoor explodirte die Feuerkiste der Lokomotive eines Sonderzuges, als der Zug in voller Fahrt war. Der Heizer Lehmann wurde vom Zuge hinabgeschleudert, während der Lokomotivführer sich eben auf der Maschine zu halten vermochte. Den Heizer fand man in bedauernswerthem Zustande. Er hatte beide Beine gebrochen und war bedeutend verbrüht, so daß er nach Leer ins Hospital gebracht werden mußte. Dort liegt er fast hoffnungslos danieder.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Wegen Unterschlagung verurtheilte die Strafkammer den Gerichtsvollzieher Kanneberg zu 2 Jahren Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust. Nach der Fällung des Urtheils kam es im Gerichtskorridor zu erheblichen Störungen, da einige als Zeugen anwesende Frauen, die durch Kanneberg geschädigt worden sind, in laute Klagen ausbrachen.

Wittenberg. Sechs Personen vom Blitz getroffen. Auf der Gemarkung zwischen Elsterwerda und Königsbrück wurden sechs Ausflügler durch einen Blitzstrahl getroffen; zwei blieben todt, drei wurden verletzt.

Hannover. Hinrichtung. Wegen dreifachen Kindesmordes wurde Dienstag früh im hiesigen Gefängnißhof die polnische Arbeiterin Kodzierska durch den Scharfrichter Engelhardt-Magdeburg hingerichtet.

Bayreuth. Starke Erderschütterungen sind nach der „Voss. Ztg." im Obermaingebiet aufgetreten. Diese wiederholen sich bei sechssekundiger Dauer mehrfach unter heftigen Stößen. Die Temperatur ist auf 1 Grad gesunken.

Kopenhagen. Ertrunken sind Montag Nacht auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise vier Offiziere von dem bei Karlskrona (Schweden) ankernden dänischen Uebungsgeschwader auf dem Rückweg von der Stadt nach dem Geschwader. Die Wache hatte Nothrufe gehört. Die Leichen von zwei der Ertrunkenen sind geborgen.

Wien. Durch eine Kesselexplosion, welche am Dienstag Nachmittag in einer Maschinenfabrik in Hietzing stattfand, wurden drei Arbeiter schwer verletzt; einer von ihnen erlag bereits Abends seinen Wunden.

Budapest. Krieg im Frieden. Bei den ungarischen Manövern in der Nähe von Pyeska wurde, als sich das 18 Honved-Regiment und das 69 Infanterie-Regiment gegenüberstanden, scharf geschossen. Ein Zugführer des letzteren Regiments erhielt eine tödtliche Schußwunde, ein Infanterist vom 44. Regiment einen Schuß durch den Hals. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat bisher kein Ergebniß gezeitigt.

Petersburg. Niedergebrannt sind nach einem Telegramm aus Charkow in dem Dorfe Meresa 114 Bauernhöfe. Der Schaden wird auf mehr als 200 000 Rubel geschätzt. — Am Montag brach in Tiflis im physikalischen Observatorium Feuer aus, durch das die meisten Instrumente vernichtet oder beschädigt wurden.

Kalkutta. Ueberschwemmungen in Indien. Die Flüsse Brahmani und Banslai in Süd-Bengalen sind über ihre Ufer getreten und haben 25 Dörfer fortgeschwemmt, wodurch 6000 Personen obdachlos geworden sind.

Newyork. Furchtbare Waldbrände. Im Staate Washington sind infolge von Waldbränden viele Menschen umgekommen. Bis jetzt sind 38 Leichen aufgefunden worden, außerdem werden noch viele Pflanzer und sonstige Landbewohner vermißt. Auch der in den Nutzholzbeständen angerichtete Schaden ist bedeutend. — Die „Frankf. Ztg." meldet aus Newyork: Der Nordpolfahrer Peary wurde von der nach ihm ausgesandten Hülfsexpedition aufgefunden. Er befindet sich jetzt auf dem Rückwege. Peary telegraphirte aus der Channan Bay (Labrador), sagte jedoch nichts von den Ergebnissen seiner Reise. (Der kühne Forscher war im Jahre 1898 nach der Nordküste Grönlands aufgebrochen. D. R.)

Briefkasten.

B. Ueber die Versammlung hatte ich bereits einen Bericht erhalten, wie Sie aus der Beilage der heutigen Nummer ersehen werden; wegen Raummangel mußte derselbe jedoch einen Tag zurückgestellt werden.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Lassallefeier-Komitee u. Hülfs-Komitee.
Donnerstag Abend 8½ Uhr.

Die Geburt eines Knaben zeigen an
Julius Tiedemann und Frau.

Am Montag den 15 September, 5¾ Uhr, verstarb nach kurzer aber schwerer Krankheit meine innigstgeliebte Frau und meiner Kinder treusorgende Mutter
Friederike Schöss, geb **Damm**,
im 34. Lebensjahre.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen und Allen, die ihr nahe standen
Heinrich Schöss.
Die Beerdigung findet am Freitag den 19. September, Vormittags 10 Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt. Beginn der Feier 9¾ Uhr.

Zum 1. Oktober eine Wohnung
zu vermiethen Schwart. Allee 88.
Näheres daselbst 1. Etage.

Zum 1. Oktbr. eine leere Stube
für eine alleinstehende Person zu vermiethen
Eisengrube 26, I.

Gesucht ein möblirtes oder unmöblirtes Zimmer, wo Tags über ein Kind (10 Monate alt) in Pflege sein kann. Zu melden Abends von 7—9 Uhr Rosenstraße 14, II.

Tüchtiger Schuhmachergeselle
per sofort gesucht
R. Schmidt, Sadowastraße 27.

Tüchtige Rock- und Westenschneider
finden dauernde Arbeit bei höchstem Lohn bei
Schwerin i. M. Rudolph Karstadt.

Gesucht Frauen
zum Kartoffelsammeln
Israelsdorf. L. Oldenburg.

Ein Kinderstuhlwagen bill. z. verk.
A. Schweimer, Barnes.

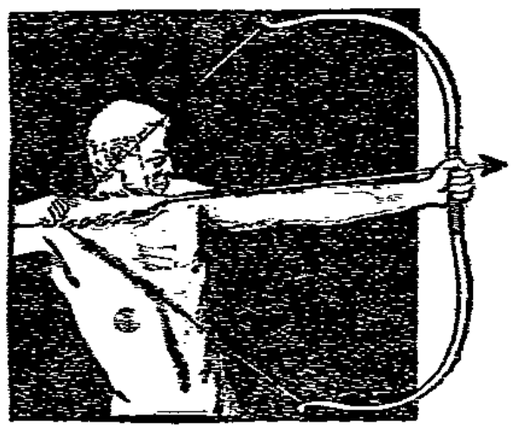
Zwei guterhaltene Ueberzieher billig zu verkaufen Brauntraße 14, II.

Gefunden am Sonnabend eine werthvolle Uhr mit Kette. Abzuholen Handelstraße 58, 1 Etage, Abends nach 7 Uhr.

Täglich frisches
Kopffleisch
Brotwürste
empfiehlt
Carl Schröder
Hüxstraße 6.

Heute frisch:
Prima Leberwurst,
Leberwurst, Grützwurst,
Brotwurst u. Kopffleisch
Stück 10 Pfg.
P. Lebsten, Mühlenstraße 8.

Fortsetzung
des
Ausverkaufs
bei
Gebrüder Barg
Kohlmarkt 5.



Mein Ziel
ist und bleibt es, meinen Kundenkreis immer mehr zu vergrößern, daher gebe ich
Möbel, Betten, sowie ganze Einrichtungen, Herren- und Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Manufaktur u. s. w.
an Jedermann **auf Kredit**
bei ganz geringer An- und Abzahlung.
Hüxstr. 41. S. Sachs Hüxstr. 41.
Waaren- und Möbel-Kredit-Haus ersten Ranges.

Einladung zum
I. Stiftungs-Fest
der Arbeiter-Bildungs-Schule Lübeck
bestehend in Konzert, Theater-Aufführung (Bismarckspende) u. Ball
am Donnerstag den 23. Oktober 1902
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Anfang 7½ Uhr. Ende 2 Uhr. Eintrittspreis 50 Pfg. Damen frei.
Das Comitee.

Miethe-Quittungs-Formulare
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
Sonntag den 21. Septbr. zahlen die Vereinsmitglieder im **Zoologisch. Garten** gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte **halbe** Eintrittspreise.

Zur bevorstehenden Saison bringe allen
Möbelkäufern
mein reichsortirtes Lager nur
gut gearbeiteter
Möbel u. Polsterwaaren
in empfehlende Erinnerung.
Folckers Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Paul Salay
Tapezier und Dekorateur
Stadtstraße 25, part.

Billig zu verkaufen sehr guterhaltenes **Kettenzeug** Breitestr. 60, 2. Etage.

Brennholz
trockene, kurz gesägte schwedische Plankenenden
per Sack 75 Pf., 5 Sack 3,50 Mk.
Fischergrube 52.

Zimmerer
Zu der
am Donnerstag den 18. Septbr.
stattfindenden
Versammlung
steht auf Tagesordnung:
Lohn- und Arbeitszeittarif für das Jahr 1903.
Ein reges Interesse hierfür erwartet
Der Vorstand.

Achtung Schmiede!
Extra-Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag den 18. Sptbr.
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
Fortsetz. der vorigen Versammlung.
Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied erscheint.
Der Vorstand.

Circus Variété Reuterkrug.
Das großartige
Eröffnungsprogramm
Anfang 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.
Vorverkauf an den bekannten Stellen bis Abends 6 Uhr und an der Circuskasse von 11—1 Uhr Morgens.

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche ausgestellt:
Die Ostsee-Bäder.
Wanderung auf Insel Rügen.
Jeden Tag von 10—1 und von 2—10 Uhr geöffnet.
Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Mk.

Apollo-Theater
(Fünfhausen).
Leiter: **Heinrich Kalnberg.**
Sensationell Erfolg
aller Spezialitäten.
Ein Programm voll
Glanz u. Pracht.
Anfang des Konzerts 7½ Uhr.
Billetts im Vorverkauf ermäßigt.

Verantwortlicher Redakteur Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 218. Donnerstag, den 18. September 1902. 9. Jahrgang.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 17. September.

Eine öffentliche Versammlung sämmtlicher auf den Holzplätzen und Sägemühlen thätigen Arbeiter fand am 10. September im „Vereinshaus" statt. Genosse Bartels referirte über: „Die gegenwärtige wirthschaftliche Krise und die Aufgaben der Gewerkschaft". Redner wies zunächst darauf hin, daß hier in Lübeck noch immer eine sehr große Arbeitslosigkeit herrsche und die Krise noch längst nicht überwunden sei. Es müsse deshalb in den Gewerkschaften, in denen die Organisation noch unvollkommen sei, eine rege Agitation getrieben werden, damit auch die Gewerkschaften, wenn wieder bessere Zeiten kommen, so gestärkt dastehen, daß sie für sich Vortheile herausschlagen können. Besonders gelte dies für die Kategorie von Arbeitern, zu denen er, Redner, heute spreche. In der Diskussion bemängelte Möller den leider nur schwachen Besuch der Versammlung, obwohl auf sämmtlichen Plätzen Flugblätter vertheilt worden seien. Kollege M. theilte mit, daß sie auf ihrer Fabrik vorstellig geworden wären, um von dem Akkordgelde des Hobelmeisters auch etwas zu erhalten, da sie doch die Arbeit dafür machen müßten; der Hobelmeister steht nämlich in Akkord und die betreffenden Arbeiter, die an der Maschine mitarbeiten, in Tagelohn. Sie seien indessen vom Inspektor mit ihrem Gesuch abgewiesen worden. Des Weiteren stellte Kollege H. fest, daß auf ihrer Fabrik ohne Vesper und ohne Pause Abends bis 7 und 8 Uhr gearbeitet wird; ja die Arbeiter sähen am liebsten, wenn sie die ganze Nacht durcharbeiten könnten, und dieses seien meistentheils organisirte Arbeiter. Kollege W. theilte mit, daß es bei ihnen meist bis 7 und 8 Uhr ginge, ohne daß vordem Bescheid ertheilt würde, wie lange gearbeitet werden soll. In seinem Schlußwort betonte Genosse Bartels, daß weit mehr Agitation getrieben werden müsse, um einheitlich diese Mißstände aus der Welt zu schaffen.

Dem Jahresberichte der Vorsteherschaft der Irrenanstalt über das Verwaltungsjahr 1901 entnehmen wir, daß sich am 1. April 1901 155 Personen, darunter 67 Frauen, in der Anstalt befanden. Vom 1. April 1901 bis 31. März 1902 wurden 33 Männer und 35 Frauen neu aufgenommen, darunter 20 Männer und 21 Frauen aus dem Staate Lübeck. Ihrer bürgerlichen Stellung nach waren die Neu-Aufgenommenen: Dienstboten (2 Männer und 6 Frauen), Arbeiter (10 M. und 6 Fr.), Handwerker (8 M. und 6 Fr.), Landleute (3 von jedem Geschlecht), Beamte und Gelehrte (4 M. und 2 Fr.), Kaufleute (4 M. und 4 Fr.), ohne Beruf 2 Männer und 7 Frauen. Es wurden im Berichtsjahre entlassen: als geheilt 18 Personen, als gebessert 13, als ungeheilt 9. Der Gesundheitszustand der Insassen war in körperlicher Beziehung ein zufriedenstellender. Jede verpflegte Person, kranke und Angestellte, kostete an Verpflegung im Durchschnitt pro Tag 78,9 Pf. Der landwirthschaftliche Betrieb der Anstalt erzielte, einschließlich der Viehzucht, einen Ueberschuß von 4245,35 Mk. Die Kühe lieferten 22 177 Liter Milch; die Hühner legten 4405 Eier. Verkauft wurden 9 Schweine, 2 Kühe, 2 Kälber und 2 Schafe für zusammen 1447,11 Mk. und 134 Kilogramm Speck für 148,64 Mark. Selbst eingeschlachtet wurden 3 Kühe, 29 Schweine und 3 Schafe, die 3519 Kilogramm Fleisch, Schinken, Speck und Wurst im Werthe von 4068,40 Mk. ergaben. Wie in früheren Jahren, so wurden auch im Berichtsjahre die männlichen Kranken mit Garten-, Feld- und häuslichen Arbeiten beschäftigt. Die Handwerker arbeiteten nach Möglichkeit in ihrem Fache in den Werkstätten. Ein Kranker arbeitete durchschnittlich 4,3 Stunden am Tage. Die Frauen wurden mit Anfertigen und Ausbessern der Leib- und Bettwäsche, sowie der von der Anstalt gelieferten Kleidungsstücke beschäftigt. Außerdem wurden sie auch zu häuslichen Arbeiten und in der Wäscherei verwendet. Es wurden durchschnittlich täglich 45 männliche und 26 weibliche Kranke beschäftigt. Der Lohn für das Wartepersonal wurde am 1. April 1902 etwas erhöht. Der Anfangslohn für Wärter beträgt 360 Mk., steigt im zweiten Jahre auf 450 Mk., im dritten auf 500, im vierten auf 550, im fünften auf 600 Mk. und von da an jährlich um 100 Mk. bis zum höchsten Lohn von 800 Mk. Die Wärterinnen beziehen im Anfang 300 Mk. und steigen bis auf 600 Mk., die sie vom sechsten Jahre ab erhalten. Durchschnittlich alle 6 Wochen fand in der Anstalt für die Insassen eine Festlichkeit statt, verbunden mit Vorträgen verschiedener Art. Störungen dieser Feste kamen nicht vor.

Ein interessantes Erkenntniß hat kürzlich der Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts unter Vorsitz des Raths Dr. Neumann gefällt. Es betrifft die Auslegung des § 366 Abs. 10 St.-G.-B., der ja in der letzten Zeit so außerordentlich häufig in Hamburg angewandt und vor Gericht erörtert ist. Es ist die betreffende Bestimmung des Strafgesetzes, die den ausübenden Organen der Polizei das Recht giebt, vom Publikum sofort zu befolgende Anordnungen zu treffen, die sie im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf öffentlichen Straßen und Plätzen für nöthig oder angeblich für nöthig halten. Die ausgesperrten Bauhandwerker haben die Herrlichkeiten dieser Bestimmung in den letzten Monaten ja zur Genüge kennen gelernt. Der heute vorliegende Fall verhält sich folgendermaßen: Der Kaufmann L. trat eines Tages an den Wachtmeister Struß, mit dem er kurz vorher eine Differenz gehabt hatte, heran und verlangte die Angabe seines Namens. Struß, der gerade mit einem Marktaufseher dienstlich betreffend Auffahrt der Marktbesucher verhandelte, wies den L. ab. Dieser ging aber nicht, sondern verlangte nochmals den Namen des Wachtmeisters. Er wurde wieder abgewiesen, ging aber wiederum nicht. Das wiederholte sich drei oder vier Mal. Der Wachtmeister hat darauf den L. wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zur Meldung gebracht. L. erhielt eine Strafverfügung, die vom Schöffengericht bestätigt, vom Landgericht aber aufgehoben wurde. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, hatte aber beim Oberlandesgericht kein Glück. Dieselbe wurde als unbegründet verworfen. In den Gründen des Oberlandesgerichts heißt es: Die Fortweisung des Angeklagten durch den Wachtmeister sei geschehen, damit der Beamte nicht in der Wahrnehmung seiner dienstlichen Obliegenheiten aufgehalten würde. Das Fortweisen des Angeklagten sei deshalb keine Anordnung gewesen, die zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung, Bequemlichkeit oder Ruhe auf öffentlichen Straßen gedient habe. Der Polizeibeamte habe in dem Verhalten des Angeklagten lediglich eine Störung seiner dienstlichen Thätigkeit erblickt, nicht aber ein Benehmen, welches die Ordnung u. s. w. auf öffentlicher Straße beeinträchtigte oder nur gefährdete. Er habe mit seiner Anordnung auch nicht die Sicherheit Ordnung u. s. w. auf öffentlicher Straße wahren, sondern sich selbst von weiteren Belästigungen befreien wollen. Der Umstand, daß die Belästigungen den Polizeibeamten in seinen dienstlichen Funktionen stören und ihn dadurch in der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf öffentlicher Straße behindern konnten, mache auch im Sinne des Polizeibeamten die Anordnung nicht zu einer Anordnung, die zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung auf öffentlicher Straße hätte dienen sollen. Nur die Nichtbefolgung einer solchen Anordnung sei unter Strafe gestellt. Die Bestrafung des Angeklagten sei deshalb nicht zu rechtfertigen.

Die Kommission für land- und forstwirthschaftliche Unfallversicherung in Lübeck giebt bekannt, daß das Unternehmer-Verzeichniß der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft, aus dem sich ergiebt, welche Betriebe in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten als zur Genossenschaft gehörig erachtet werden, und wie viele Arbeiter als in ihnen beschäftigt angenommen sind, nach § 55 des Unfallversicherungs-Gesetzes für Land- und Forstwirthschaft vom 30. Juni 1900 bis zum 29. September im Bureau der Kommission, Mühlenstraße 72, Zimmer Nr. 6, zur Einsicht der Betheiligten ausliegen wird. In der Zeit vom 30. September bis 30. Oktober ds. Js. können die Betriebsunternehmer wegen der Aufnahme oder Nichtaufnahme ihrer Betriebe in die Verzeichnisse, sowie gegen die Veranlagung und Abschätzung ihrer Betriebe (Zahl der eingetragenen Arbeitstage) Einspruch erheben. Der Einspruch ist an die Kommission für land- und forstwirthschaftliche Unfallversicherung in Lübeck, Mühlenstraße 72, zu richten.

Alters- und Invaliditätsversicherung. Die zur Zeit noch im Bezuge von Renten befindlichen Personen vertheilen sich auf die Gebiete der drei Hansestädte folgendermaßen: Lübeck 369 Altersrenten, 730 Invalidenrenten und 28 Krankenrenten; für Bremen sind die entsprechenden Zahlen 441, 2117, 63, und für Hamburg 1308, 4333, 327. Die Gesammtsumme der seit dem Bestehen des Gesetzes bis jetzt gewährten Renten beträgt 2 301 821,90 Mark, von welchem Betrage 795 626,10 Mk. für die inzwischen ausgeschiedenen Rentenempfänger abzusetzen sind. Anträge auf Rückerstattung der Beiträge gemäß §§ 42 und 43 des Gesetzes sind bisher insgesammt 31 296 eingegangen. Von diesen 31 296 Anträgen entfallen auf das Gebiet von Lübeck 2560, Bremen 7177, Hamburg 21 539. Davon sind erledigt: Durch Rückzahlung 29 223, durch Ablehnung 1616, auf sonstige Weise 250, zusammen 31 089; unerledigt sind noch 207. Am 1. August 1902 waren auf Kosten der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte, zum Theil mit Zuschuß von Krankenkassen, in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht 522 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats 190 Versicherte, zusammen 712 Versicherte. Davon wurden im Laufe des Monats entlassen 213, mithin befanden sich am Schlusse des Monats in Heilbehandlung 499 Versicherte, und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 51, Bremen 140, Hamburg 308. Außerdem mußten im Laufe des Monats 117 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Schwartau. Eine öffentliche Parteiversammlung, die Sonnabend im Gasthof „Transvaal" stattfand, beschäftigte sich zunächst mit den bevorstehenden Landtagswahlen. Nachdem vom Genossen Voß die Wichtigkeit derselben in eingehendster Weise hervorgehoben worden war, nahm die Versammlung die Liste der vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins in Vorschlag gebrachten Wahlmänner einstimmig an. Sodann erläuterte Gemeinderathsmitglied Muuß noch einige Gemeinde-Angelegenheiten, hauptsächlich das Straßenbauprojekt, welches noch immer die Bevölkerung in Aufregung erhält. Es wurde ausdrücklich betont, daß man nicht gegen die Pflasterung der Straße an sich wäre, sondern nur gegen jegliche Bewilligung von Gemeindemitteln zu dem Bau, weil die Straße der Regierung gehört. Da die Gemeinderaths-Mitglieder die Interessen der Arbeiterschaft nicht im geringsten berücksichtigen, wurde von verschiedenen Seiten die Gründung eines Konsumvereins in Anregung gebracht, ein Gedanke, der in der Versammlung allseitig Zustimmung fand. Schließlich wurde noch in ehrender Weise des abgehenden Gemeindevorstehers Herrn Wulf gedacht und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß sein Amtsnachfolger allzeit in denselben Fußstapfen wandeln möge. Mit einem kräftigen Appell, trotz der ungünstigen Wahlzeit Mann für Mann sich an den Urwahlen zu betheiligen, wurde die leider nur mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Schwerin. Bigamie — und seine Louise zum zweiten Mal geheirathet. Ueber einen wohl einzig dastehenden Fall betr. Verheirathung urtheilte am verflossenen Sonnabend das hiesige Landgericht ab. Vor den Schranken erschien als vielbegehrter Adonis, der 44jährige Zimmergeselle Ernst Behr aus Parchim. Derselbe hatte sich im Juni des Jahres 1884 mit der Louise Horn verheirathet, Frau und voreheliche Kinder indessen schon wenige Monate später heimlich verlassen und war nach Amerika ausgewandert. Hier verheirathete er sich, obgleich seine Ehe mit Louise Horn noch zu Recht bestand, mit einer Frau Rüschmeier, deren Ehemann angeblich verschollen war. Aber eines guten Tages stellte der Todtgeglaubte sich wieder ein, und nun zog unser biederer Mecklenburger seine Straße fürbaß. Er kam

---

Leib Weihnachtskuchen und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Schon — nächsten — Sonntag?!" stieß Leib hervor; er wollte es laut rufen, aber die Kehle war ihm so zusammengepreßt, daß es nur wie ein heiseres, unverständliches Keuchen klang.

Auch Chane war sichtlich betroffen. „So bald?" fragte sie. „Das Kind" — muß erst vorbereitet werden, wollte sie sagen, aber das brauchte Reb David gar nicht zu wissen, „— hat noch keine Aussteuer", ergänzte sich nun hastig.

„Aber das ist doch kein Grund!" rief Mendele. „In einer Woch' kann man in einem Ort wie Halicz zehn Bräute ausstatten, oder hundert, oder tausend Bräute! Hunderttausend Bräute kann man in einer Woch' in Halicz ausstatten! Und die fünfzig Gulden giebt Euch Reb David, wie ich ihn kenn', auf der Stell', wenn Ihr ihn nur darum bittet!"

„Das ist ihr gutes Recht", verwies ihn der Greis. „Die fünfzig Gulden hab' ich sofort nach Unterzeichnung der ‚Tnoim' zu bezahlen. Wenn's also nur das ist", wandte er sich an Chane, „so lassen wir's beim nächsten Sonntag. Denn dann, tiefer im Oktober, häuft sich die Arbeit für mich so, daß ich mich wirklich schwer für den ganzen Tag freimachen kann . . ."

Da trat Leib vor. „Es ist — nicht bloß — die Aussteuer", stammelte er flehenden Tones und heftete die Augen angstvoll auf das strenge Antlitz des Greises. „Seht, — unsere Miriam ist ja noch ein Kind, — man muß sie erst — langsam — vorbereiten!"

Mendele lachte zynisch auf. — „Ueberlaßt das doch Eurem Eidam!" rief er und klopfte dem Bebenden auf die Schulter.

Auch Reb David konnte ein Lächeln nicht unterdrücken. „Vorbereiten?" fragte er. „Sie ist sechzehn Jahr . . ."

„Er meint nur, weil wir ihr natürlich noch nichts gesagt haben", fiel ihm Chane ins Wort. „Aber dazu reichen sieben Minuten, und wir haben ja ebensoviel Tage dazu. Und was wär' da auch viel zu reden?! . . ."

„O doch!" murmelte Leib, sie aber fuhr laut und fest fort:

„Also gut, am nächsten Sonntag. Wir können unterschreiben!"

Reb David erhob sich schwerfällig, trat an den Tisch und griff zur Feder. Da legte sich die zitternde Hand seines künftigen Schwiegervaters auf die seine.

„Reb David", flehte der Kleine mit erblaßten Lippen, „noch eins!" . . . Ein einzig Wort . . . Seht, mein Kind ist mein ein und alles . . . Und sie ist so schön, so gut . . und so bitter unsere Armuth war, ist sie doch bisher heiter gewesen . . . licht, wie ein Sonnenstrahl, Reb David . . . Nicht war, Ihr versprecht es mir", — seine Stimme brach sich, aber die Hand krampfte sich immer fester um die des Greises — „sie . . . sie wird es gut bei Euch haben?!"

„Unsinn!" rief Mendele und suchte den Kleinen beiseite zu drängen. „Ihr verdient Euer Glück nicht! Wißt Ihr nicht, mit wem Ihr redet?!"

Ein strenger Blick des Greises ließ den Vermittler zurückweichen. Aber der Blick, den Reb David nun auf Leib Weihnachtskuchens erregtes Gesicht heftete, war kaum minder verweisend.

„Reb Leib", sagte er dann ernst, „jedem andern würde ich die Frage sehr verübeln. Euch soll sie verziehen sein, denn —" er räusperte sich. „Ich aber bin gegen alles überflüssige Reden. Wozu fragt Ihr? Hättet Ihr wirklich Bedenken, so wäret Ihr doch nicht hergekommen! Und was soll ich antworten? Daß ich sie gut kleiden und nähren werde? Daß ich nicht gewohnt bin, mein Weib zu prügeln?! Sie wird es bei mir so gut haben, wie es ein junges Weib bei einem alten Mann haben kann, das versprech' ich Euch . . ."

„Ich dank' Euch," sagte Chane. „Verzeiht meinem Mann — uns," verbesserte sie sich hastig, „es ist eben unser einzig Kind. Daß sie so jung ist," fuhr sie bittend fort, „und bisher nur unser Haus gekannt hat und sonst nichts, werdet Ihr gewiß nicht vergessen. Ihr seid ja klug und gut, Ihr wißt, sie wird erst allmählich lernen, was eine Frau in einem solchen Haushalt . . .?"

„Natürlich!" unterbrach sie der Greis. „Meine Schwester Rachel, die Wittwe, führt die Wirthschaft weiter, wie seit der Zeit, wo meine Malke — sie ruhe in Frieden — es nicht mehr konnte; sie war seit vier Jahren krank." Und er wollte abermals zur Feder greifen.

Aber Leibs Hand rührte wieder an die seine. „Zürnt mir nicht," flehte er, „aber auch wegen Eurer Schwester hätt' ich ein Wort auf dem Herzen. Man sagt, sie ist mit Eurer verstorbenen Frau nicht gut ausgekommen, und Eure Kinder — sind sie, — ich meine — werden sie gegen mein Miriamchen —"

In das Antlitz des Greises schlug eine Gluthwelle des Zornes, und er warf die Feder hin. Dann aber bezwang er sich.

„Ihr seid Leib, der Schlemihl," sagte er in einem Ton, der zwischen Hohn und Mitleid schwankte, „mit Euch darf man nicht über jedes Wort rechten. Aber weil Ihr davon begonnen habt, so will ich Euch die Antwort nicht schuldig bleiben, und Ihr sollt mir nicht nachsagen dürfen, daß ich Euch die Wahrheit verschwiegen habe. Meine Schwester Rachel und die Verstorbene — sie ruhe in Frieden — haben wirklich jede der andern und beide zusammen mir das Leben vergällt. Und warum? Weil Malke die Wirthschaft nicht führen konnte und doch nicht abgeben wollte, und weil sie hochmüthig war wegen ihrer Familie und ihrer Mitgift und

nach Jahr und Tag in seine Heimath zurück, wo seine Ehe mit der Louise Horn im Jahre 1896 gerichtlich geschieden war. Louise vergab dem Treulosen und nahm ihn mit Freuden wieder. Als aber die Behörde das Zusammenleben der Geschiedenen zu inhibiren suchte, heiratheten sich Beide am 19. August 1898 zum zweiten Mal. So weit war Friede, aber eines Tages wurde Ernst Behr vom Arm des Gesetzes begehrt und gefänglich eingezogen. Die Strafkammer des Schweriner Landsgerichts verurtheilte den seit Monaten in Untersuchungshaft sich Befindenden wegen Bigamie — da auch die Ehe des Behr mit der Rüschmeier in Amerika zu Recht bestand — zu neun Monaten Gefängniß.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Bei der bayerischen Metallwaarenfabrik in Nürnberg haben die sämmtlichen Metalldrucker, wie die „Fränk. Tagespost" mittheilt, infolge schlechter Akkordpreise die Arbeit niedergelegt. nachdem die Firmeninhaber eine Unterhandlung mit der Organisation abgelehnt haben. — Die Steinsetzer in Kottbus haben ihre Lohnbewegung vertagt. Dazu scheint hauptsächlich der Umstand Veranlassung gegeben zu haben, daß der Magistrat für den Fall des Streiks gegen die Arbeiter Partei ergreifen wollte.

Zum Nachfolger Dr. Wörrishoffers in der Leitung der badischen Fabrikinspektion wurde nach der „Frankf. Ztg." der preußische Gewerberath Dr. Bittmann in Trier ernannt; er tritt sein Amt am 1. Oktober an.

Kein Arbeiter-Urlaub. Zu der kürzlich verbreiteten Mittheilung über Arbeiterurlaub in den Spandauer Militärwerkstätten wird der „Kölnischen Volksztg." aus Berlin geschrieben, die Nachricht sei gänzlich unzutreffend, sowohl was den Plan selbst, als auch was die im Kriegsministerium stattgehabte Konferenz der Spandauer Institutsdirektoren dieserhalb angehe. Thatsächlich habe keine Konferenz oder Besprechung der Direktoren im Kriegsministerium stattgefunden. — Wie konnte man auch so viel sozialpolitisches Verständniß beim preußischen Kriegsministerium voraussetzen!

Aus Nah und Fern.

Schutz vor Schutzleuten. Vor der Dortmunder Strafkammer hatte sich am Sonnabend der Polizeisergeant Friedrich Hälscher aus Kastrop wegen thätlicher Beleidigung einer Frau und Unterschlagung im Amte zu verantworten. Was es mit der „thätlichen Beleidigung" auf sich hatte ergiebt sich am besten aus der Thatsache, daß die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand. Es erfolgte die Verurtheilung zu — einer Woche Gefängniß. Von der Anklage der Unterschlagung wurde er freigesprochen, da sie sich nicht mehr zuverläßig beweisen ließ.

Woher die „Leutenoth" auf dem Lande kommt. Die aller Menschlichkeit Hohn sprechende Behandlung ländlicher Arbeiter wird von neuem dargethan durch einen Vorfall, der sich in der vergangenen Nacht auf dem Dominium Tabel bei Kalau zugetragen hat. Ein galizischer Arbeiter hatte den Krammarkt in der Stadt besucht und dort etwas über den Durst getrunken. Als er am anderen Morgen in Folge dessen nicht rechtzeitig seiner Arbeit nachgehen konnte, wurde er von dem Vogt des Gutes in grausamster Weise mißhandelt. Mit schweren Wunden bedeckt, wurde er darauf nach dem Krankenhause zu Altdöbern gebracht, wo er starb. Der Vogt ist inzwischen verhaftet und als Untersuchungsgefangener nach Kalau eingeliefert worden.

Die erste Ohrfeige für die Danziger Polizei. Die erste und hoffentlich nicht letzte Freisprechung zeitigte die erste gerichtliche Verhandlung in dem Rattenkönig von Prozessen, die gegen unsere Danziger Genossen angestrengt sind. Genosse Grundmann stand am 11. September, angeklagt des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Erzeugung ruhestörenden Lärms, vor dem Schöffengericht. Zu dem vom Metallarbeiterverbande zum 1. Juni im Parteilokale anberaumten Vergnügen, welches aber nicht abgehalten wurde, weil der Polizeipräsident es als politische Versammlung bezeichnete und die Theilnahme von Frauen untersagte, soll er sich dieser Vergehen schuldig gemacht haben. Der Staatsanwalt sah die Schuld Grundmanns für voll erwiesen an und beantragte für den Widerstand 1 Monat Gefängniß und für den Lärm 3 Tage Haft. — In ungemein wirkungsvoller Rede führte Rechtsanwalt Thun aus, daß das polizeiliche Verbot des Vergnügens völlig ungesetzlich gewesen und ein direkter Gegensatz zu den Entscheidungen des Kammergerichts sei. Die Polizeibeamten befanden sich demnach gar nicht in der berechtigten Ausübung ihres Amtes, als sie die anwesenden Restaurationsgäste gewaltsam aus dem Lokal trieben. Ebenfalls war die Anordnung des Polizeikommissars: Grundmann den Zutritt zu Bergers Privatwohnung zu verwehren, vollständig unberechtigt. Die Verhaftung wäre doch auf die einfachste Weise von der Welt verhindert worden, wenn er Grundmann nicht am Betreten der Wohnung gehindert hätte. Thatsächlich sei durchaus nicht erwiesen, daß das angesammelte Publikum nur Grundmanns wegen stehen blieb, ebenso wenig sei ein Angriff auf einen Beamten festgestellt; es müsse deshalb Freisprechung erfolgen. Das Gericht sprach Grundmann mit der Begründung frei, daß ihm ruhestörender Lärm nicht nachgewiesen sei. Eines Widerstandes gegen Beamte in berechtigter Ausübung ihres Dienstes würde er sich dann schuldig gemacht haben, wenn er trotz der polizeilichen Sperre in das Lokal hätte gehen wollen. Das war jedoch nicht seine Absicht. Er wollte die Berger'sche, in demselben Hause belegene Privatwohnung besuchen und das durfte ihm nicht verwehrt werden.

Was ein Affe nicht alles werden kann. Die „Jagdztg." bringt folgendes ergötzliche Geschichtchen: Von einem aus Deutsch Ostafrika heimkehrenden Herrn wurde ein kleiner Affe (etwa 1 Pfund Gewicht) mitgebracht. Auf der Fahrt von Tanga nach Genua war der Affe „frachtfrei". Von Genua bis zur schweizerischen Grenze mußte für ihn die Fracht für einen „Vogel" mit 1,50 Lire bezahlt werden. Die schweizerische Gotthardbahn war erfinderischer und stellte den Affen unter die Hundetaxe mit 8,40 Franks. Die schweizerische Ostbahn übernahm den Affen zu 20 Kilogramm „Reisegepäck" mit 80 Cents Taxe. Die badische und württembergischen Bahnen (bis Stuttgart) ließen ihn, als zum „Handgepäck" gehörig, frei gehen. Von Stuttgart bis zum Endziel der Reise war der Affe wieder zum „Hund" geworden und mußte diese Tour mit 1,60 Mark bezahlen.

153 Jahre altes Schiff. In Aarhus löscht gegenwärtig die schwedische Schoonerbrigg „Emanuel" eine Ladung Holz. Die Brigg hat nach den vorhandenen Schiffspapieren ein Alter von 153 Jahren und ist wohl das älteste Handelsschiff der Welt. Vierzig Jahre lang hat das Schiff die dänische Flagge geführt.

Die kalenderwidrige Witterung des Sommers hält bis zu dessen Ende an. In New-York herrscht, wie heute von dort gemeldet wird, außerordentliche Kälte, in verschiedenen Orten wurden mehrere Grad Kälte verzeichnet, in anderen viel Schnee. Die Kälte erstreckt sich bis nach dem nördlichen Texas; sie macht eine baldige Beendigung des Bergarbeiterausstandes nothwendig, da die Kohlenpreise fortwährend steigen. In vielen Ortschaften ist es unmöglich, Anthracitkohlen zu erhalten.

Standesamtliche Nachrichten

vom 7. bis 13 September 1902.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters

1. September. Vize-Feldwebel Theodor Schlimm. 2. Schmied Robert Reinhold Schümer. Arbeiter August Jochim Dietrich Schöning. 4. Maschinist Ludwig Johannes Ta oder Hagen. 5. Arbeiter Wilhelm Friedrich Johann Gustav David Gronow. Arbeiter Johann Friedrich Wilhelm Schulze. 6. Arbeiter Heinrich Theodor Dörp. Schlosser Joachim Friedrich Wurr. 8 Petroleum-Händler Heinrich Otto Friedrich Schwein. Schmied Vincent Aliew er. Tapezier Max Christoph Leopold Dimpfer (Zwillinge). 9. Brenner Daniel Friedrich Heinrich Spethmann (Krempelsdorf). Arbeiter Johann Asmus Heinrich Ferdinand Schmidt (Krempelsdorf). Kaufmann Johann Heinrich Carl Hoffmann. 10. Turnlehrer Johannes Carl Hermann Bath. Arbeiter Josef Fuchs. 12. Strafanstaltsaufseher Wilhelm Friedrich Johann Schmidrogitz.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

31. August. Glaser Josef Karl Max Friedrich Förstl. 1. September. Arbeiter Heinrich Johann Wilhelm Martin Gutow. Uhrmacher Ernst Emil Haase. 2 Friseur Carl Friedrich Wilhelm Sommer. 3. Schmied Wilhelm Heinrich Theodor Hoppe. Böttcher Ernst Georg Joachim Johann Heinrich Strobkirch. Arbeiter Claus Christian Heinrich Barkenthien. 4 Arbeiter Carl Johann Joachim Christian Wilhelm Meier. 5 Böttchermeister Heinrich Friedrich Lohn. Schneider Gustav Ernst Carl Sternbeck. Prediger Carl August Gustav Fischer Buchdrucker Martin Johann Conrad App l. 6. Arbeiter Heinrich Wilhelm Bernhard Hans Heuer. Schlachter Carl **Friedrich** August Freitag. Maschinenfabrikant Johannes Detlef Friedrich Petersen. 7. Kanzlist Edwin Ludwig Matatt. Schneider Wilhelm Hinrich Friedrich Möller. Flußschiffergehülfe Heinrich Christian Carl Westfehling. Klempner Karl Christoph Gotthardt Hammer. 8. Tischler Hermann Heinrich Friedrich Barten. Haupt-Zollamts-Assistent August Ferdinand Giese. Arbeiter Joseph Kosizny. 9. Arbeiter Karl Joachim Hans Wandschneider. 11. Werkführer Georg August Weygandt. 12. Arbeiter Claus Hinrich Paasch.

Sterbefälle.

7. September. Privatmann Hans Hinrich Leptien, 73 Jahre. Friederika Margaretha Elisabeth geb. Hamann, Ehefrau des Dienstmanns Wilhelm Johann Franz Landau, 29 J. Wilhelm Karl Steffens, 2 M. Bertha Maria Pröwig, 2 J. 8 M. Arbeiter Wilhelm Friedrich Lau, 31 J. (Wilhelmshöhe). 8. Apotheker und Rathsherr Paul Friedrich Gustav Eiten, 67 J. (aus Pasewalk). 9. Mathilde Wendula geb. Koch, Ehefrau des Privatiers Johann August Fromm, 62 J. Louise Dorothea Elisabeth geb. Gramkow, Wittwe des Heinrich Johannes Friedrich Möller, 65 J. Martha Eline Christine Schmidt, 16 J. Ella Louise Anna Pauline Schroor, 3 J. Ein todtgeb. Mädchen, V.: Arbeiter Johann Asmus Heinrich Ferdinand Schmidt (Krempelsdorf). 10. Auguste Helene Johanna Bahr, 19 J. Maschinenschlosser Karl Hermann Frohberg, 50 J. Rentier Friedrich Carl Joachim Gloose, 54 J. 11. Maria Dorothea Prüss, 50 J. Konrad Fritz Wilhelm Michel, 2 J. 10 M. Wilhelmine Henriette Elisabeth Diederike Agnes Horstmann, 23 J. Maria Emilie Auguste geb. Hildebrandt, Ehefrau des Schiffskochs Johann Gustav Erdmann Uetelt, 47 J. (Krempelsdorf). 12. Ein Mädchen, 1 T., V.: Werkführer Georg August Weyzandt. 13. Walther Conrad Otto Eggers, 2 M. Hospitalit Joachim Heinrich Klenz, 63 J.

Angeordnete Aufgebote.

8. September. Kutscher Jochen Heinrich Friedrich Denker und Wittwe Emmy Auguste Lorenz geb. Roese. Arbeiter Franz August Wilhelm Bienert und Anna Maria Dorothea Elisabeth Teschau. Schiffszimmermann Claus Friedrich Wrigge und Anna Maria Ida Lemcke. Briefträger Carl Heinrich Julius Herzog zu Ahrensböck und Maria Christine Minna Kibbel zu Curau. Maschinist Heinrich Friedrich Christian Damm und Auguste Zimmer zu Holzminden. Bauaufseher Johannes Robert Krause und Marie Schwardt zu Zarpen. 9. Stuckateur Christian Johann Heinrich Jansen zu Hamburg und Georgine Dorothea Sophie Nihljen. Lagerist Heinrich Friedrich Aesemann und Gustave Helm. Maschinist Heinrich Hermann Fohrholtz und Franziska Bernhardine Johanna Rath. Pastor Franz Howard Theophilus Gay zu Mailand und Clara Emma Charlotte Petersen. Guts-Inspektor Friedrich Johann Heinrich Röhr zu Rothenhusen und Auguste Emma Anna Claussen. Lithograph Carl Friedrich Wilhelm Zaepernick zu Berlin und Minna Louise Johanna Meyer. Schutzmann Wilhelm Karl Theodor Wendt und Dorothea Magdalene Caroline Luckmann zu Neu-Vorwerk. 10. Maler Julius Victor Carstens zu München und Marie Auguste Emilie Wilcken. Bäckermeister Hugo Johann Max Homann zu Bützow und Marie Caroline Elisabeth Palow. Tapezierer Hans Friedrich Ernst Schomacker und Maria Catharina Dorothea Frahm. Arbeiter Johannes Joachim Friedrich Koop und Catharina Dorette Elisabeth Schomann. Kapitän Carl Julius Friedrich Theodor Matthiesen und Hertha Louise Margarethe Beigge. Maurerpolier Julius Georg Reinhold Lawrenz zu Fackenburg und Anna Helene Haack 11. Kaufmann Carl Georg Eduard Kinsmann und Anna Auguste Emilie Sternberg zu Helmstedt. Friseur Hans Asmus Nicolaus Wulf und Anna Frieda Betty Homberg. 12. Eisenbahnbremser Ernst Detlof Friedrich Christoph Tiede und Anna Marie Sophie Bruhn zu Bützow. Seemaschinist Wilhelm Hermann Gottlieb Klingenberg zu Bremen und Christine Elise Pauline Zach. Nieter Johannes Friedrich Wilhelm Otto Heinrich Schröder und Maria Wilhelmine Magdalene Drefs. Feuerwehrmann Johannes Hinrich Barkmann und Anna Maria Catharina Dose zu Schönberg. 13. Kaufmann Hermann Rudolph Wilhelm Möller und Margarethe Daniele Auguste Suhr zu Hamburg. Kaufmann Heinrich Ludwig Carl Klock und Fanny Hagge zu Wittenwurth. Güterbodenarbeiter August Wilhelm Johannes Kähler und Wilhelmine Luise Sophie Zarnt. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Flügel und Meta Margaretha Elisabeth Otto. Buchhalter Adolf Hans Paul Carl Farchau und Anna Marie Dorothea Wilhelmine Elisabeth Böckmann.

Eheschließungen.

9. September. Versicherungsbeamter Wilhelm Gottfried Flöcke und Emma Ida Meta Lück. Eisenbahn Stations Assistent Wilhelm Johannes August Conrad Schädel und Henriete Anna Cäcilie Minna Bauer. 10. Chemiker Max Arthur Heinrich zu Tammerfors in Finland und Ella Wilhelmine Dorothea Johanna Möllendorff. Raths-Protokollist Rudolf Heinrich Carl Christian Friedrich Hartmann zu Parchim und Bertha Louise Friederike Wolf. 12 Arbeiter Ernst Hans Friedrich Ohrt und Wittwe Marie Elisabeth Magdalene Wolf geb. Wittmann. Arbeiter Johannes Joachim Hinrichsen und Wittwe Anna Christiane Luise Langwitz geb. Hageistein, beide zu Vorwerk. Arbeiter Rudolf Carl Ludwig Wilhelm Greve und Emma Sophie Christine Bruhn. 13 Kaufmann Gustav Heinrich Winter zu Altona und Käthe Ehmann. Arbeiter August Hermann Heinrich Tack und Johanna Dorothea Auguste Bohnsack.

---

meine Schwester Rachel sich nichts gefallen ließ, denn nur aus Liebe zu mir ist sie in meinem Hause, und auch unsere Familie kann sich sehen lassen. Wie aber wird das bei Eurer Tochter sein?! Wird sie die Wirthschaft führen wollen, wird auch sie hochmüthig sein wegen ihrer Familie und ihrer Mitgift? . . . Was aber meine Kinder betrifft, so sind sie eben jüdische Kinder, und was ihr Vater will, ist ihnen Gesetz, und dem Weib, das er heimführt, werden sie die gebührende Ehre erweisen. Natürlich sind sie im Herzen gegen diese Heirath — ich wär's auch, wenn ich an ihrer Stelle wäre —, schon weil jeder Mensch lieber mehr als weniger erbt. Denn meine Söhne wissen — er richtete sich stolz auf —, daß ich trotz meiner Siebenzig ein kräftiger Mann bin, dem ein junges, gesundes Weib noch einen Benjamin gebären wird, und, so Gott will, ein Töchterchen dazu. Aber sie fügen sich, weil ich's so will, und ich will's, weil es nicht bloß mein gutes Recht ist, sondern auch das Rechte; ich brauche auch deshalb vor niemand die Augen niederzuschlagen." Und wieder reckte sich der sonst gebeugte Nacken kraftvoll empor. „Wer mich darum schelten will, melde sich!"

„Das fällt niemand bei!" riefen Chane und Mendele wie aus einem Munde. Auch Leib murmelte etwas wie eine Verwahrung gegen ein solches Unterfangen. Im Stillen aber dachte er: „Ach, wenn es nur nicht eben mein Miriamchen wär'!"

Der Greis nickte. „Was auch wär' dagegen zu sagen?!" sagte er wieder so ruhigen Tons, als erörtere er ein Geschäft oder eine Talmudstelle. „Nichts! Vielleicht nicht einmal dann, wenn ich so alt wär', wie König David, da sie ihm die Abisag zuführten. Denn das Weib blüht dazu auf, den Mann zu erfreuen. Aber ich bin nicht, wie König David, da sie ihm das Mädchen von Sunem brachten, und erfülle Gottes Gebot, indem ich wieder heirathe, denn die Vermehrung seines Volkes ist Ihm wohlgefällig. Ein Christ oder ein „Deutsch" (aufgeklärter Jude) thäte es freilich wahrscheinlich nicht mehr, er würde das Gespött seiner Leute scheuen und sich lieber eine Geliebte halten, denn das ist bei ihnen für einen Greis keine Schande, aber noch heirathen ist schmählich. Ich aber bin gottlos ein Jude, habe nie ein anderes Weib berührt, als mein angetrautes, und will's bis an's Ende so halten. Ich nehme Eure Tochter, weil sie jung und schön ist, ich leugne es nicht. Und viel zärtliche Reden wird sie nicht von mir hören, — dazu hab' ich nicht die Zeit, und es ist auch nicht meine Gewohnheit. Aber was ein Mann wie ich, den so viel Arbeit und so viele Jahre belasten thun kann, damit das Weib an seiner Seite sich glücklich fühle, soll geschehen . . . Und nun — Ihr hättet es früher überlegen sollen, Reb Leib, aber ich stell's Euch noch jetzt frei — entscheidet Euch!"

„Es ist entschieden," erwiderte Chane und auch Leib widersprach nicht.

So wurde der Verlobungs-Vertrag unterschrieben. Nachdem dies geschehen, zog der Bräutigam seine Brieftasche hervor und legte eine Fünfzig-Gulden-Note vor die Mutter hin. „Reicht es nicht," sagte er, „so soll es mir auf einige Gulden mehr nicht ankommen. Aber ich meine, sie wird auch als mein Weib noch Hemden und Kleider bekommen können . . ." Und weil er wohl gelaunt war und das Geheimniß nun nicht mehr bewahrt zu werden brauchte, so ließ er sich durch Meyerl einen anderen Wagen aus der Dampfsäge holen und überließ den Schwiegereltern den seinen für die Heimfahrt. Sie nahmen dankend an und rollten leichteren Herzens, als sie gekommen, ihrem Hause zu.

IX.

Dort aber hatte sich inzwischen eine seltsame Scene begeben.

In den Morgenstunden des Sonntags, während des Gottesdienstes und bis nach der Messe bleibt die Schänke immer leer. Einmal deshalb, weil die Popen darauf achten, ferner aber, weil die Bauern gerne ihren Rausch vom Abend vorher ausschlafen, bis die Kirchenglocken sie zur Andacht rufen. Und so kam's, daß die Kasia volle zwei Stunden, von Sieben bis Neun, keine Menschenseele fand, der sie ihre Entdeckung hätte mittheilen können, daß Leib und Chane nach Halicz gegangen, um dort ihre Tochter mit dem Alten aus der Dampfsäge zu verloben. Denn daß sie aus keinem geringeren Grunde beide ihr Haus verlassen haben würden, bezweifelte sie keinen Augenblick, dafür kannte sie sie zu genau.

Keine Seele, oder doch keine gläubige.] Der Miriam theilte es die „Goje" mit, aber das Mädchen lachte nur laut auf. „Du bist verrückt," sagte sie, „davon müßt' ich ja auch etwas wissen!"

„Aber bei euch wird ja ein Mädchen nie gefragt!" rief die Kasia.

„Vielleicht!" erwiderte die Miriam. „Aber mich würden meine Eltern fragen . . . Oder doch mein Vater," fügte sie nach einem Augenblick des Nachdenkens hinzu. „Er ist ja so gut! Er würde mich nicht zwingen, ein Kleid zu tragen, das mir nicht gefällt, — und nun gar einen so alten Mann zu nehmen!"

„Dein Vater!" sagte die Kasia verächtlich. „Der trägt ja hier im Haus den Unterrock und die Mutter die Hosen! Die Mutter hat's eben befohlen, daß er schweigt."

„Pfui!" rief das Mädchen heftig, und ihre Augen blitzten. „Daß ich das nie wieder höre! . . . Aber über deine Reden darf man sich gar nicht ereifern," fügte sie wieder lachend hinzu. „Du bist eben ein Schmatzmaul!" Und sie ging trällernd an die Arbeit.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.